



A 22127 C

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1981

Die Lage der Weltwirtschaft 487

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland 494

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43-44/81

Berlin

29. Oktober 1981

48. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1981

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft
deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e. V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in München am 23. Oktober 1981

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Nach der rezessiven Entwicklung der Weltwirtschaft im vergangenen Jahr haben sich Nachfrage und Produktion im Verlauf von 1981 nur noch wenig verändert. In den meisten Industrieländern neigte die Inlandsnachfrage zwar weiterhin zur Schwäche, gleichzeitig stiegen aber die Exporte vor allem in die OPEC-Länder kräftig an. Neben Japan konnten auch die westeuropäischen Länder ihre Ausfuhren

deutlich ausweiten, da ihre Wettbewerbsposition als Folge der starken Aufwertung des Dollars spürbar günstiger wurde; ihre Leistungsbilanzen verbesserten sich.

Kapazitätsauslastung und Beschäftigung gingen in nahezu allen Ländern weiter zurück, die Zahl der Arbeitslosen stieg erheblich an. Trotzdem ließ der Preisauftrieb nennenswert erst in den USA und in Japan nach. In Westeuropa erhöhten sich die Preise

dagegen in den Sommermonaten wieder beschleunigt, da sich die Importe aufgrund der Dollaraufwertung stark verteuerten. Die Gewinnsituation der Unternehmen hat sich weiter verschlechtert, zumal sich der Lohnkostenauftrieb im allgemeinen nicht verringerte.

Die meisten Notenbanken hielten auch im Sommer 1981 an ihrer auf Preisstabilisierung ausgerichteten Politik fest, zumal in den USA die Geldversorgung nochmals spürbar verknappt wurde. Die Zinsen und der Kurs des Dollars stiegen auf ein sehr hohes Niveau. Die meisten anderen Länder hielten die Geldmenge ebenfalls knapp, wollten sie doch die Abwertung ihrer Währungen und damit die externen Preisanstöße in Grenzen halten. Im Herbst dieses Jahres hat die Zinsentwicklung, ausgehend von den USA, ihren Höhepunkt überschritten. Hierbei hat sich der Wechselkurs des Dollars spürbar zurückgebildet.

Der Prognose für die konjunkturelle Entwicklung in den Industrieländern im Jahre 1982 liegt die Erwartung zugrunde, daß sich die Auflockerung an den Geld- und Kapitalmärkten fortsetzt. In den USA dürfte sich die Geldpolitik nach der sehr schwachen monetären Expansion in den letzten Monaten wieder an den angekündigten Geldmengenzielen orientieren, und in vielen westeuropäischen Volkswirtschaften werden die Zentralbanken als Folge der Aufwertungstendenzen gegenüber dem Dollar Spielraum für eine Lockerung von Restriktionen sehen, den sie auch nutzen werden. Allerdings ziehen die Inflationsprobleme einer derartigen Entwicklung Grenzen — wenn auch in einem von Land zu Land abweichenden Maße.

Die Finanzpolitik folgt unterschiedlichen Konzepten. Dabei überwiegen indes die Konsolidierungsbemühungen. Vielfach wurden Ausgabenansätze spürbar gekürzt. Angekündigte Maßnahmen zur Anregung der wirtschaftlichen Aktivität beschränken sich in der Regel auf eine begrenzte, teilweise durch Steuererhöhungen finanzierte Förderung von Investitionen. In den USA hingegen sind für die nächsten beiden Jahre umfangreiche Steuersenkungen beschlossen, die allerdings von Streichungen bei geplanten Ausgabenzuwächsen begleitet werden. In Frankreich wird demgegenüber eine Ankurbelung der Nachfrage unter Inkaufnahme steigender Defizite verfolgt.

Die außenwirtschaftlichen Bedingungen dürften für die Industrieländer insofern günstiger werden, als sich die seit Anfang 1979 drastisch verschlechterten Terms of Trade vorerst eine Zeitlang wieder verbessern werden. Die Exportpreise der Industrielän-

der werden — in US-Dollar gemessen — rascher steigen als die Preise für Rohstoffe und insbesondere Erdöl. Allerdings bilden die im Nahen Osten schwelenden Konflikte nach wie vor einen gewichtigen Unsicherheitsfaktor für die Entwicklung der Erdölpreise.

Die in Gang gekommene Zinssenkung verbessert die Voraussetzungen für eine Überwindung der Rezessionstendenzen in den Industrieländern. Damit steigen die Aussichten, daß der Rückgang der Inlandsnachfrage — bei weiter zunehmenden Ausfuhren nach Rohstoff- und Öllexportländern — um die Jahreswende ausläuft und wieder von einer tendenziellen Belebung abgelöst wird¹. Die Erwartung einer Konjunkturbesserung und die Verbilligung der Kredite wird sich wahrscheinlich frühzeitig in optimistischeren Lagerdispositionen niederschlagen. Der Rückgang der Zinsen wird aber auch Anlageinvestitionen anregen, zumal in den meisten Ländern mit Lohnabschlüssen zu rechnen ist, die eine Änderung der Verteilungsrelationen zugunsten der Unternehmen erlauben. Dabei werden zunächst insbesondere solche Investitionen verstärkt zunehmen, die der notwendigen strukturellen Anpassung an die Energievertéuerung dienen. Zugleich wird der private Konsum in Westeuropa dadurch gestützt, daß die jüngste Umkehr bei der Wechselkursentwicklung — von Abwertung zu Aufwertung gegenüber dem US-Dollar — den Anstieg der Verbraucherpreise bremst. In den USA wird der Verbrauch durch die vorgesehenen Steuersenkungen angeregt.

In Westeuropa wird der Preisauftrieb nunmehr insbesondere in den Ländern spürbar gedämpft werden, in denen es mit der Abwertung des US-Dollars und der Änderung der Wechselkursrelationen im Europäischen Währungssystem zu einer deutlichen Aufwertung gekommen ist. Die Unterschiede im Inflationstempo von Land zu Land werden sich dabei kaum verändern. Daraus werden sich erneut Spannungen im Europäischen Währungssystem ergeben, so daß es voraussichtlich auch im nächsten Jahr zu einer Anpassung der Leitkurse kommen wird.

Schon angesichts der Hemmnisse, die die noch immer starken inflationären Kräfte für eine wirtschaftspolitische Auflockerung in den Industrieländern bilden, ist damit zu rechnen, daß sich die Nachfrage im Laufe des nächsten Jahres nur allmählich beleben wird. Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts dürfte in den Industrieländern im Durchschnitt des Jahres 1982 mit knapp 2 vH noch nicht

¹ Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel, vertritt hierzu eine abweichende Meinung; vgl. S. 493.

sehr viel größer sein als 1981 (1 vH). Bei der schleppenden Entwicklung von Nachfrage und Produktion wird sich der Rückgang der Beschäftigung fürs erste lediglich verlangsamen; die Arbeitslosigkeit wird in den meisten Industrieländern 1982 weiter steigen.

Der Rückgang der Leistungsbilanzdefizite wird sich in den Industrieländern bis ins nächste Jahr hinein fortsetzen. Dazu tragen vor allem der — wahrscheinlich nur langsam nachlassende — Einfuhrboom in den Ölexportländern, die anhaltende Öleinsparung in den Industrieländern und die zunächst zu erwartende Verbesserung ihrer Terms of Trade bei. Im Verhältnis zwischen den Industrieländern dürften die seit einem Jahr eingetretenen Verschiebungen der Konkurrenzpositionen zunehmend die Leistungsbilanzen beeinflussen. So ist für die USA eine erneute Passivierung zu erwarten, während sich in den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften die Defizite weiter vermindern dürften.

Konjunkturabschwächung in den USA nur vorübergehend

In den USA hat sich die Konjunktur im Sommerhalbjahr erneut abgeschwächt, nachdem das reale Bruttosozialprodukt im ersten Quartal noch kräftig zugenommen hatte. Der Rückgang der Nachfrage dürfte insbesondere auf die restriktive Geldpolitik zurückzuführen sein. Lediglich ein kräftiger — zumeist wohl unfreiwilliger — Lageraufbau hielt die Verringerung der Produktion in Grenzen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich bisher kaum verschlechtert; die Arbeitslosenquote liegt schon seit mehr als einem Jahr bei reichlich 7 vH.

Nach der Jahresmitte hat sich der Rückgang der Nachfrage offenbar verlangsamt; dies gilt insbesondere für den privaten Verbrauch. Hierzu hat einmal ein verstärkter Anstieg der verfügbaren Realeinkommen aufgrund erhöhter Transferzahlungen beigetragen und zum anderen hat die angekündigte Senkung der Einkommensteuer anscheinend die Konsumneigung gestützt, die zuvor gesunken war. Dagegen wurde die Investitionstätigkeit durch die hohen Zinsen gedämpft. Dies gilt in besonderem Maße für den Wohnungsbau; die Unternehmerinvestitionen wurden darüber hinaus durch die niedrige Kapazitätsauslastung und die ungünstigen Ertrags- und Absatzerwartungen belastet.

Als Folge der Dollaraufwertung seit Herbst letzten Jahres und der Konjunkturschwäche in den anderen Industrieländern hat auch die Auslandsnachfrage während des Sommerhalbjahrs nachgelassen. Die Importe sind trotz der neuerlichen Konjunkturabkühlung in den USA nicht zurückgegangen. Die Passivierungstendenz im Außenhandel, die Ende 1980

begonnen hatte, setzte sich fort; das Handelsbilanzdefizit erhöhte sich aber infolge der mit der Aufwertung verbundenen Verbesserung der Terms of Trade nur relativ wenig.

Während der ersten Jahreshälfte kam es zu einer Beruhigung des Preisauftriebs, allerdings überzeichneten Sonderentwicklungen bei den Energie- und Nahrungsmittelpreisen diese Tendenz. Der Anstieg der Erzeugerpreise für Fertigwaren ließ weiter nach. Der Lohnanstieg flachte sich im bisherigen Jahresverlauf leicht ab, doch verlangsamte sich die Zunahme der Lohnstückkosten nicht mehr.

Vorrangiges Ziel der Geldpolitik ist die Eindämmung der Inflation. Die amerikanische Notenbank ist daher bemüht, die Expansion der Geldmenge konsequent zu begrenzen, auch wenn dies mit hohen Zinsen verbunden ist und die Wirtschaftstätigkeit spürbar dämpft. Das Geldmengenziel für 1982 (Zunahme für M1-B: 2 1/2 bis 5 1/2 vH) wurde zwar noch etwas niedriger als für dieses Jahr angesetzt. Da die Geldmenge in den letzten Monaten aber deutlich hinter der angestrebten Entwicklung zurückblieb, ist auch mit der Verwirklichung dieser Zielvorgabe eine monetäre Entspannung verbunden. Dies spricht — bei der konjunkturell gedämpften Kreditnachfrage — für eine Fortsetzung des Zinsrückgangs, der sich in jüngster Zeit angebahnt hat.

Die Expansion der Staatsausgaben ist bereits merklich gebremst worden; die Ausgaben für Waren und Dienstleistungen gingen im zweiten und vermutlich auch im dritten Quartal real sogar zurück. Den bisher beschlossenen Steuererleichterungen stehen Ausgabenkürzungen gegenüber; insgesamt dürften vom Staatshaushalt expansive Effekte ausgehen. Allerdings beruhen die Budgetplanungen offensichtlich auf zu optimistischen Annahmen über die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr. Der Abbau der Haushaltsdefizite ist im vorgesehenen Maße ohne zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen nicht wahrscheinlich. Weitere Kürzungen der Ausgaben könnten allerdings die von den Steuererleichterungen ausgehenden expansiven Wirkungen zumindest kurzfristig konterkarieren. Andererseits würde ein allzu starker Anstieg der Budgetdefizite die Gefahr heraufbeschwören, daß die Inflationserwartungen hoch bleiben, der Zinsrückgang behindert wird und von daher die Chancen für eine Wiederbelebung der privaten Nachfrage vermindert werden. Unter diesen Umständen ist nur mit vorsichtigen weiteren Ausgabenkürzungen zu rechnen.

Bei den erwarteten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen werden wohl gegen Ende dieses Jahres die rezessiven Tendenzen auslaufen und von einer allmählichen Belebung der Nachfrage abgelöst wer-

den. So dürften sich mit dem Inkrafttreten der Steuererleichterungen über den privaten Verbrauch hinausreichende Anregungen ergeben. Davon könnten auch bald die Unternehmensinvestitionen Impulse erhalten. Die Wohnungsbautätigkeit wird vorerst noch gedämpft bleiben, da der Rückgang der Hypothekenzinsen nur langsam vorankommt. Mit einer realen Ausweitung der Staatsausgaben für das gerade begonnene Fiskaljahr 1981/82 ist kaum zu rechnen. Die Ausfuhr wird sich aufgrund der in diesem Jahr merklich verschlechterten Konkurrenzposition wahrscheinlich selbst bei einer Belebung der Weltkonjunktur nicht so bald erhöhen. Insgesamt dürfte es lediglich zu einer moderaten Erholung der Wirtschaftstätigkeit im Laufe des nächsten Jahres kommen. Die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts wird im Jahresdurchschnitt 1982 mit 1,5 vH voraussichtlich etwas geringer sein als 1981 (2 vH), da anders als in diesem Jahr nicht mit einem positiven Überhang zu rechnen ist. Der Anstieg der Verbraucherpreise, der im Jahresdurchschnitt 1981 10 1/2 vH betragen dürfte, wird sich im nächsten Jahr auf 8 bis 9 vH verringern. Die Passivierungstendenz im Außenhandel wird vermutlich anhalten. Für die Leistungsbilanz, die in diesem Jahr voraussichtlich noch mit einem Überschuß abschließt, ist 1982 wieder ein Defizit zu erwarten.

Zeitweilige Abflachung der Expansion in Japan

In Japan ist das reale Sozialprodukt seit Anfang 1981 noch relativ kräftig gestiegen. Dies war aber nur auf die starke Zunahme des Ausfuhrvolumens zurückzuführen, während die Entwicklung der Inlandsnachfrage schleppend blieb. Der private Verbrauch nahm im bisherigen Jahresverlauf nur sehr verhalten zu. Ein Rückgang des Arbeitsvolumens und wohl auch eine verschlechterte Einkommensentwicklung bei den Unternehmerhaushalten dämpften den Anstieg der verfügbaren Realeinkommen. Die privaten Ausrüstungsinvestitionen sind leicht gesunken. Auch von den Staatsausgaben ging ein bremsender Einfluß aus.

Da zu erwarten ist, daß die von der Ausfuhr ausgehenden Impulse unter dem Einfluß der Konjunkturabkühlung in den USA und der japanischen Export-Selbstbeschränkung nachlassen werden, wird es zunächst zu einer Konjunkturabflachung kommen. Von der Finanzpolitik sind angesichts der Konsolidierungsbemühungen keine umfassenden Programme zur Nachfragestützung zu erwarten. Die Notenbank wird auf dem Pfad vorsichtiger monetärer Lockerung bleiben. Im Verlauf des Jahres 1982 ist wieder mit einer verstärkten Zunahme von Produktion und Nachfrage zu rechnen.

Von der Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie von einer im Zuge der weltweiten Konjunkturbelebung wieder stärkeren Expansion der Ausfuhr dürften Anregungen auf die Investitionen ausgehen. Auch der private Verbrauch wird schließlich verstärkt zunehmen, zumal die Verbrauchsneigung der privaten Haushalte angesichts des verbesserten Konjunkturklimas wohl wieder steigen wird. Trotz beschleunigter Expansion der Gesamtnachfrage wird der Anstieg des realen Bruttosozialprodukts im Jahre 1982 mit etwa 4 vH nur wenig stärker sein als 1981, da der Überhang gering sein wird. Der Anstieg der Verbraucherpreise dürfte mäßig bleiben und im Jahresdurchschnitt bei etwa 4,5 vH liegen, nach rd. 5 vH im Jahre 1981.

Konjunkturbesserung in Westeuropa in Sicht

In den meisten Ländern Westeuropas setzte sich der Rückgang von Nachfrage und Produktion im Sommerhalbjahr 1981 nicht mehr fort. Während die Binnennachfrage noch etwas zurückging, nahm die Auslandsnachfrage nahezu überall deutlich zu. Zugleich blieb die Einfuhr konjunkturbedingt schwach. Daher kam es in vielen Ländern, wenn auch unterschiedlich ausgeprägt, zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter deutlich an. Der Preisauftrieb hat sich zwar zumeist nochmals beschleunigt, dürfte aber nunmehr seinen Höhepunkt erreicht haben.

Die gewerblichen Anlageinvestitionen nahmen fast überall deutlich ab. Dazu trugen die Verschlechterung der Ertragslage, die Unerauslastung der Kapazitäten, die gestiegenen Finanzierungskosten und die ungünstigen Absatzerwartungen bei. Stützend auf die Investitionsneigung wirkten dagegen die Bemühungen um Energieeinsparung und Ölsubstitution. Die Bautätigkeit hat sich vor allem infolge der hohen Zinsen erheblich abgeschwächt; in Italien und den Niederlanden wurde der Rückgang allerdings durch staatliche Wohnbauprogramme spürbar gebremst. Weiterhin gut ausgelastet war das Ausbaugewerbe, vor allem mit Arbeiten zur Modernisierung und Energieeinsparung.

Der private Verbrauch neigt in den meisten Ländern weiter zur Schwäche. Lediglich in Frankreich kam es zu einer Belebung; sie war vorwiegend auf kaufkraftstimulierende Maßnahmen zurückzuführen. In den meisten Ländern sanken oder stagnierten die verfügbaren Realeinkommen als Folge des Beschäftigungsrückgangs und der Beschleunigung des Preisauftriebs. Auch dürfte sich die Sparquote zumeist erhöht haben. Besonders ausgeprägt war die Abschwächung der Nachfrage nach wie vor bei lang-

lebigen Konsumgütern, sowie bei Heizöl und Benzin. Umfrageergebnissen zufolge hat die pessimistische Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunft durch die Verbraucher bis zuletzt angehalten.

Die realen Ausfuhren der westeuropäischen Länder sind seit Jahresbeginn deutlich gestiegen. Dies war insbesondere auf die sehr kräftige Beschleunigung der Exporte in die OPEC-Länder zurückzuführen. Entgegen den Erwartungen haben auch die Bezüge der anderen Entwicklungsländer weiter zugenommen. Die Ausfuhren nach Nordamerika erhöhten sich hingegen kaum noch. Auch die Lieferungen in die Staatshandelsländer expandierten nur sehr verhalten. Die realen Einfuhren haben abgenommen; hierzu trugen vor allem die erfolgreichen Bemühungen zur Einsparung und Substitution von Erdöl bei. So kam es fast überall zu einer Verbesserung der Leistungsbilanz, obwohl sich die Terms of Trade für die meisten Länder bis zum Ende des Sommerhalbjahrs vor allem als Folge des steigenden Dollar-Kurses weiter verschlechterten. Außer Großbritannien und Norwegen weisen nunmehr auch die Niederlande und die Schweiz wieder Überschüsse in ihren Leistungsbilanzen auf.

Bei nach wie vor sinkender Kapazitätsauslastung ging die Beschäftigtenzahl weiter zurück. Gleichzeitig nahm die Kurzarbeit zu, und die Arbeitslosigkeit erhöhte sich deutlich. Die Arbeitslosenquote erreichte in immer mehr Ländern den höchsten Stand nach dem Kriege. Verschärft wurden die Beschäftigungsprobleme durch den weiteren demographisch bedingten Anstieg des Erwerbspersonenpotentials. Beschäftigungspolitische Maßnahmen, die namentlich in Frankreich und Großbritannien ergriffen wurden, dämpften die Zunahme der Arbeitslosigkeit nur wenig.

Der Preisauftrieb hat sich im Sommerhalbjahr trotz einer zumeist seit Anfang 1979 verfolgten monetären Stabilisierungspolitik in fast allen Ländern wieder beschleunigt. Ausschlaggebend hierfür war die kräftige Abwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar, die zu einer weiteren spürbaren Verteuerung der Einfuhr von Rohstoffen und Mineralöl führte. Darüber hinaus wurden häufig administrierte Preise und indirekte Steuern kräftig erhöht. Verschiedene Regierungen sind aufgrund der erneuten Inflationsbeschleunigung wieder zu Eingriffen in die Preisbildung übergegangen. Hierdurch soll nicht zuletzt eine erneute Verstärkung des Lohnanstiegs verhindert werden, die wegen der verbreiteten Indexbindung sonst unvermeidlich wäre. Bisher blieb der Lohnauftrieb nahezu unverändert; bei

zugleich rückläufiger Kapazitätsauslastung hat sich die Ertragslage der Unternehmen jedoch verschlechtert. Spürbar verstärkte sich der Lohnanstieg in Frankreich, u. a. wegen der kräftigen Erhöhung der Mindestlöhne zur Jahresmitte.

Die Aufwertung der westeuropäischen Währungen gegenüber dem Dollar wird den Preisauftrieb in den kommenden Monaten dämpfen. Die Aufwertungstendenz wird sich jedoch abschwächen, da die westeuropäischen Zentralbanken dem abwärtsgerichteten Zinstrend in den USA folgen dürften. Die Bereitschaft, die geldpolitischen Restriktionen zu lockern, wird mit der Dämpfung des Preis- und Lohnauftriebs wachsen. Demgegenüber dürfte die Finanzpolitik zumeist weiterhin einen Konsolidierungskurs anstreben.

Unter diesen Umständen werden sich Nachfrage und Produktion nach der Jahreswende 1981/82 voraussichtlich beleben, nicht zuletzt weil von den Lagerdispositionen wieder expansive Effekte ausgehen werden. In Frankreich dürfte der Übergang zu einer wieder expansiven Geld- und Finanzpolitik zunächst für eine etwas stärkere Belebung der Produktion sorgen. Für das Jahr 1982 wird für Westeuropa insgesamt ein Anstieg des realen Sozialprodukts von reichlich 1 vH erwartet, nach einem leichten Rückgang in diesem Jahr.

Wiederanstieg des Welthandels im kommenden Jahr

Das Welthandelsvolumen hat sich im bisherigen Verlauf dieses Jahres nur wenig verändert. Während die Einfuhr vor allem in den westeuropäischen Volkswirtschaften und in Japan deutlich zurückging, ist sie insbesondere in den Ölexportländern merklich gestiegen. Im Jahresdurchschnitt 1981 dürfte das Welthandelsvolumen wegen des Unterhangs an der vergangenen Jahreswende um annähernd 1 vH niedriger als im Vorjahr sein.

Im Zuge der konjunkturellen Belebung in den Industrieländern wird der Welthandel im ersten Halbjahr 1982 wieder steigen. Dazu dürften zunächst insbesondere lagerzyklische Impulse beitragen. Die Nachfrage der Ölexportländer wird wahrscheinlich weiterhin kräftig expandieren, wenn auch nicht mehr so stark wie bisher. Nur mäßig werden dagegen die Einfuhren sowohl der anderen Entwicklungsländer als auch die der Staatshandelsländer zunehmen, da die Zahlungsbilanzsituation in beiden Ländergruppen äußerst angespannt ist. Im Jahr 1982 wird das Welthandelsvolumen voraussichtlich um etwa 3 vH größer sein als im Vorjahr.

Im bisherigen Verlauf dieses Jahres sind die Terms of Trade der Industrieländer weiter gesunken. Diese Entwicklung konzentrierte sich auf die westeuropäischen Volkswirtschaften, deren Preisrelationen im Außenhandel sich als Folge der Abwertung ihrer Währungen merklich verschlechterten. Der Terms-of-Trade-Effekt auf die Leistungsbilanzen wurde jedoch durch die Entwicklung der realen Außenhandelsströme überkompensiert. So führten in den Industrieländern rückläufige Einfuhren und steigende Ausfuhren zu einer Verringerung der Defizite, während in den Ölexportländern der Anstieg der Einfuhr und der Rückgang der Ausfuhr die Überschüsse sinken ließen. In den anderen Entwicklungsländern haben sich dagegen die Defizite weiter erhöht; diese Tendenz dürfte sich im Laufe des nächsten Jahres umkehren.

Kein weiterer Rückgang der Rohstoffpreise

Der Ölverbrauch in den Industrieländern geht aus strukturellen und konjunkturellen Gründen zurück; er wird 1981 voraussichtlich um 6 vH unter dem Stand des Vorjahres liegen.

Bei gleichbleibender Eigenproduktion in diesen Ländern errechnet sich ein nahezu doppelt so hoher Rückgang ihrer Rohölimporte. Die Rohölpreise auf Dollarbasis sind seit dem Frühjahr durchschnittlich um rund 5 vH gefallen; ein stärkerer Preisrückgang wurde durch drastische Produktionseinschränkungen in vielen OPEC-Ländern verhindert. Im Jahresdurchschnitt 1981 werden die Preise jedoch wegen des hohen Überhangs um mehr als 10 vH über denen des Vorjahrs liegen.

Im Jahre 1982 wird sich die strukturelle Verbrauchseinschränkung fortsetzen; ihr wird aber eine konjunkturelle Belebung des Ölbedarfs gegenüberstehen. Insgesamt wird der Ölverbrauch im Laufe des Jahres voraussichtlich wieder zunehmen. Da die meisten OPEC-Länder bestrebt sein werden, die Entwicklung ihrer Exporterlöse dem steigenden Devisenbedarf anzupassen, ist mit einer Ausweitung auch der Ölproduktion zu rechnen. Im Jahre 1982 wird es unter diesen Umständen vermutlich nur zu geringen Preissteigerungen kommen.

Die Preise für Industrierohstoffe sind in den letzten Monaten weiter gesunken. Die Nachfrage blieb infolge der Konjunkturflaute in den Industrieländern schwach. Außerdem waren Verarbeiter und Handel weiterhin darauf bedacht, die Vorräte möglichst niedrig zu halten. Lediglich auf den Metallmärkten kam es vorübergehend zu kräftigen Preissteigerungen, die auf Produktionsstörungen und Stützungsmaßnahmen der Erzeuger zurückzuführen waren.

Mit einem Tendenzwandel auf den Märkten für Industrierohstoffe ist nach der Jahreswende 1981/82 zu rechnen. Mit der allmählichen Besserung der konjunkturellen Entwicklung in den Industrieländern wird sich der Verbrauch von Industrierohstoffen beleben. Die Verarbeiter werden überdies frühzeitig eine Aufstockung ihrer Rohstoffvorräte anstreben, um möglichen Preissteigerungen zuvorzukommen. Der Wandel der Lagerpolitik wird durch den Rückgang der Zinsen unterstützt. Das Angebot entwickelt sich bei den einzelnen Industrierohstoffen unterschiedlich. Bei Baumwolle wird mit einer deutlich größeren Ernte gerechnet, während die Erzeugung von Wolle und Naturkautschuk kaum nennenswert steigen dürfte. Bei Nichteisen-Metallen sind rasche Angebotserhöhungen ohne weiteres möglich, weil die Produktionskapazitäten bei weitem nicht voll ausgelastet sind. Wahrscheinlich werden wichtige Erzeuger ihre Produktion jedoch zunächst nicht oder nur wenig ausweiten, um den Preisanstieg zu fördern. Alles in allem ist damit zu rechnen, daß sich das Preisniveau auf den Märkten für Industrierohstoffe 1982 spürbar erhöht.

Die meisten Nahrungs- und Futtermittelrohstoffe haben sich infolge guter Ernten seit dem Frühjahr 1981, zum Teil kräftig, verbilligt. Die Preise für diese Produkte werden sich 1982 voraussichtlich nur wenig verändern.

Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise in den wichtigsten Industrieländern¹⁾

Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr

	Gewicht in vH	Sozial- produkt		Verbraucher- preise	
		1981	1982	1981	1982
BR Deutschland	11,9	— 1,0	1,0	6,0	4,5
Frankreich	9,4	0,0	2,0	13,5	13,5
Großbritannien	7,4	— 2,0	0,5	12,0	10,0
Italien	5,7	— 0,5	1,0	19,0	17,0
Niederlande	2,3	— 1,0	1,0	6,5	5,0
Schweden	1,8	— 1,0	1,0	13,0	12,0
Belgien	1,7	— 0,5	1,0	8,0	7,0
Schweiz	1,4	1,0	1,0	6,5	4,5
Österreich	1,1	0,0	1,5	7,0	6,0
Dänemark	1,0	— 1,0	1,5	11,5	9,5
Norwegen	0,8	1,0	1,0	14,0	12,0
Westeuropa ²⁾	44,5	— 0,7	1,2	10,9	9,6
USA	36,9	2,0	1,5	10,5	8,5
Kanada	3,6	2,5	2,0	12,5	11,0
Japan	15,0	3,5	4,0	5,0	4,5
Insgesamt ²⁾	100,0	1,0	1,7	9,9	8,5

¹⁾ Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, IFO München, RWI Essen. Das IfW Kiel vertritt hiervon abweichende Schätzungen; siehe S. 493.

²⁾ Summe der aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt zu Preisen und Wechselkursen von 1980.

* * *

Das Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel, teilt die Einschätzung der anderen Institute, daß sich der Zinssenkungsprozeß in den meisten Ländern im Winterhalbjahr 1981/82 fortsetzen wird. Auch stimmt es darin überein, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen vermutlich nicht dazu übergehen werden, massiv Liquidität in die Wirtschaft zu pumpen und umfangreiche staatliche Ausgabenprogramme aufzulegen. Abweichend von den anderen Instituten hält es das IfW jedoch für wahrscheinlich, daß die bisherige Restriktionspolitik im Winterhalbjahr 1981/82 in den meisten Ländern noch zu einem weiteren Rückgang von Nachfrage und Produktion führen wird. Diese Prognose stützt sich auf die Erfahrung, daß sich geldpolitische Impulse erst mit einiger Verzögerung auf die Inlandsnachfrage auswirken. Da sich die Zinssenkungstendenz in den meisten Ländern zudem erst jetzt anbahnt, — wobei noch offen ist, ob dies bereits den Übergang von der restriktiven zur potentialorientierten Geldmengenausweitung darstellt — dürfte sich die Nachfrage nicht vor dem Sommer 1982 beleben. Zwar rechnet das IfW — wie die anderen Institute — damit, daß die OPEC-Länder ihre Importe weiterhin zügig ausweiten werden. Dies dürfte jedoch die kontraktiven Wirkungen nicht ausgleichen, die von der erwarteten rückläufigen Entwicklung der Inlandsnachfrage in den Industrieländern ausgehen.

Aus der Sicht des IfW spricht wenig dafür, daß sich die Nachfrage diesmal — anders als in früheren Rezessionen — schon kurz nach Überschreiten des Zinshöhepunkts wieder erhöht. Die Privaten müssen sich gegenwärtig mit einer Neuorientierung der Wirtschaftspolitik vertraut machen, die darauf hinausläuft, daß der Staat eine Abschwächung der privaten Nachfrage nicht mehr so sehr durch öffentliche Nachfrageprogramme auszugleichen versucht. Um in dieser Situation die wirtschaftliche Aktivität zu stützen, käme es darauf an, die Rentabilitätsaussichten der Unternehmen nachhaltig zu verbessern und damit die Investitionsneigung anzuregen. In dieser Hinsicht stehen aber in den meisten Ländern entscheidende Weichenstellungen noch aus. Weder die

Finanzpolitik noch die Lohnpolitik setzte bislang Zeichen, die eine grundlegende Erholung der gegenwärtig stark gedrückten Unternehmensgewinne verspricht. In der Finanzpolitik sind Ausgaben und Einnahmen bislang nur ansatzweise mit der Zielsetzung umstrukturiert worden, die private Initiative anzuregen. Die Lohnpolitik ist nahezu überall darauf bedacht, die herrschenden Reallöhne zu verteidigen. Die wirtschaftlichen Rahmendaten sprechen daher nicht für eine rasche Überwindung der Rezession, sondern eher für eine länger anhaltende Wirtschaftsschwäche.

Die Bereitschaft, in neue Produktionsanlagen zu investieren und die Lagerbestände wieder aufzustocken, wird sich vermutlich erst dann stabilisieren, wenn die Zinsen auf den Finanzmärkten deutlich gesunken sind. Solange sich die Nominalzinsen nur zögernd ermäßigen, werden sich die Investoren abwartend verhalten, da ihre Inflationserwartungen aufgrund zunehmender Überwälzungsschwierigkeiten nach unten gerichtet sein werden. Dabei dürfte der Zinsrückgang dadurch behindert werden, daß viele Notenbanken ihre Politik weiterhin maßgeblich an den Zinsen orientieren. In die gleiche Richtung wirkt, daß die Anleger auf den Finanzmärkten aufgrund der noch steigenden öffentlichen Defizite befürchten, daß sich die Inflation nicht zurückbildet.

Aufgrund dieser Überlegungen hält es das IfW für unwahrscheinlich, daß die Produktion in den westlichen Industrieländern 1982 in dem Maße steigt, wie es von den anderen Instituten erwartet wird. Dies gilt vor allem für die westeuropäischen Länder, die im Jahresdurchschnitt kaum einen Produktionsanstieg verzeichnen dürften. Bei dieser weltwirtschaftlichen Entwicklung dürfte das Welthandelsvolumen aus der Sicht des Kieler Instituts 1982 nur um 1 bis 2 vH steigen, nach einem Rückgang in der gleichen Größenordnung im Jahre 1981. Die bis weit in das Jahr 1982 hinein schwache Nachfrage wird dazu beitragen, daß der Preisauftrieb weltweit merklich nachlassen wird. Auch die Rohstoffpreise werden voraussichtlich über die Jahreswende 1981/82 hinaus unter Druck stehen.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Die Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland befindet sich noch immer in einem Zustand ausgeprägter Schwäche: Die gesamtwirtschaftliche Produktion stagniert seit einem Jahr, die Beschäftigung sinkt, und die Zahl der Arbeitslosen nähert sich rasch der Größe von 1 1/2 Millionen.

Die Gründe hierfür liegen nicht allein in der drastischen Verteuerung von Energie und der ungünstigen Entwicklung der Weltwirtschaft, sondern auch im Verhalten der Tarifparteien und der Wirtschaftspolitik.

Die Tarifparteien vereinbarten Lohnerhöhungen, die bereits bei ihrem Abschluß erkennen ließen, daß sie die Erträge der Unternehmen drücken würden. Da die Wirtschaftsentwicklung ungünstiger als erwartet verlief, war der Druck entsprechend stärker. Zusammen mit der wechselkursbedingten Verteuerung der Importe führte dies bei eingeeengten Überwälzungsspielräumen zu einem außerordentlich starken Rückgang der Gewinne.

Die Finanzpolitik kündigte zwar einen Konsolidierungskurs an; sie schwenkte freilich weder konsequent auf ihn ein, noch waren die Maßnahmen so gestaltet, daß wieder mehr Vertrauen in die Finanzpolitik entstanden wäre. Die Gebietskörperschaften kürzten nämlich vor allem Aufträge für öffentliche Investitionen. Andere Ausgaben stiegen stärker als geplant, und dies nicht nur, weil sich die Wirtschaft nicht wie erwartet erholte, sondern auch, weil einige Ausgaben zu niedrig angesetzt waren (Verteidigung, Zinsen). Zudem wurden Steuern angehoben und erhöhte Ausgaben von der Post eingefordert; darüber hinaus überwies die Bundesbank Gewinne an den Bund. Nicht zuletzt wurden auch Zuschüsse an die Sozialversicherung gekürzt, so daß die Konsolidierung insoweit zu deren Lasten ging. Insgesamt ist das Defizit bereits in der ersten Jahreshälfte kräftig gestiegen. Den damit verbundenen stützenden Wirkungen auf den Einkommenskreislauf standen aber negative Wirkungen auf Zinsen und Erwartungen gegenüber.

Die Bundesbank hatte ihr Geldangebot im Februar kräftig verteuert, um der Schwäche der D-Mark gegenüber dem Dollar und den Partnerwährungen im Europäischen Währungssystem und den damit einhergehenden Kosten- und Preissteigerungen zu begegnen. Danach hat sie ihren Kurs jedoch nicht weiter verschärft, obwohl die D-Mark gegenüber dem Dollar nochmals erheblich an Wert verlor; Anfang Oktober wurde der Sonderlombardsatz von 12 auf 11 % gesenkt. Der kräftige Anstieg der Zinsen im Frühjahr dämpfte aber bis zuletzt die wirtschaftliche Entwicklung.

Wende in der Entwicklung der Wechselkurse

Die Periode der D-Mark-Schwäche hatte begonnen, als 1980 das Leistungsbilanzdefizit immer größer wurde. Im laufenden Jahr verstärkte sich die Abwertung zunächst noch, nicht zuletzt, weil die Regierung der USA einen neuen wirtschaftspolitischen Kurs einschlug und dies dem Dollar einen erheblichen Vertrauensvorschuß einbrachte. Im Europäischen Währungssystem war die D-Mark zunächst schwach geworden, weil die Erwartungen von Wechselkursänderungen blockiert waren und deshalb die höheren Zinsen im Ausland anlagesuchendes Kapital anlockten. Umgekehrt lockten die niedrigen Zinsen in der Bundesrepublik jene, die sich verschulden wollten. Diese Entwicklung kehrte sich um, nachdem die Bundesbank ihr Geldangebot im Februar mit der Einführung des Sonderlombardsatzes von 12 % — der Lombardsatz betrug 9 % — verteuert hatte. Danach lagen die D-Mark am oberen und der französische Franc am unteren Rand des Wechselkursbandes. Nachdem vom Spätsommer an die Spannungen im Währungssystem zugenommen hatten, wurden Anfang Oktober die Leitkurse geändert. Seit Mitte August erholt sich die D-Mark auch gegenüber dem Dollar, zumal das Defizit in der Leistungsbilanz beachtlich schrumpft und sich die wirtschaftlichen Aussichten in den USA nicht so rasch wie erwartet verbessern.

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung von Abwertung der D-Mark beeinflußt

Bis in den Herbst hinein hat der starke Kursverlust der D-Mark die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik beeinflußt: Er verteuerte die Einfuhr von ausländischen Waren und Diensten und schmälerte auf diese Weise die Kaufkraft der Einkommen und damit auch die Nachfrage aus dem Inland. Andererseits bewirkte er, daß ein Teil der Nachfrage, die sonst dem Ausland zugute gekommen wäre, im Inland verblieb. Zudem verbilligte er Güter und Dienste aus der Bundesrepublik für das Ausland und förderte auf diese Weise die Ausfuhr. Damit trug die Abwertung der D-Mark nicht unerheblich zur Wende in der Leistungsbilanz bei.

Abwertung förderte Ausfuhr . . .

Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Industrieländern ähnlich schwach wie in der Bundesrepublik war, nahm die Ausfuhr kräftig zu. Wichtigster Grund hierfür war, daß sich mit dem Wertverlust der D-Mark und den im Vergleich zum Ausland geringeren Preissteigerungen die Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft

beträchtlich erhöhte. Die Exporteure nutzten dies vorwiegend zur Vergrößerung ihres Marktanteils.

Besonders stark hat sich die Ausfuhr in den Dollarraum erhöht, also nach Amerika, aber auch in die Länder der OPEC und in andere Entwicklungsländer. Die Lieferungen in die Partnerländer im Europäischen Währungssystem nahmen demgegenüber weniger stark zu, da der Wettbewerbsvorsprung der westdeutschen Wirtschaft gegenüber den dort ansässigen Produzenten auf die im Vergleich zu diesen Ländern niedrigeren Preissteigerungen beschränkt blieb. Die Exporte nach Italien erhöhten sich nicht, weil die Regierung die Importe mit einem Bardepot belastete, um den Abwertungsdruck auf die Lira zu vermindern. Die meisten Staatshandelsländer hielten sich beim Import von Waren aus der Bundesrepublik aus Mangel an Devisen zurück.

. . . und drückte Einfuhr

Die Einfuhr von Waren geht seit dem Sommer vergangenen Jahres in nahezu allen Warengruppen zurück. Darin spiegelt sich neben der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft die Schwäche von Nachfrage und Produktion im Inland wider. Hinzu kamen Einsparungen von Rohöl und Mineralölerzeugnissen. In jüngster Zeit mag auch die Erwartung einer Umkehr der Wechselkursentwicklung zur Zurückhaltung beim Import geführt haben.

Die Entwicklung der Einfuhrpreise wurde vor allem durch die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar bestimmt. So verteuerten sich für die Bundesrepublik auch die Rohstoffe, obwohl deren Preise auf den Weltmärkten — in Dollar gerechnet — sanken.

Die gegenläufige Entwicklung von Ausfuhr und Einfuhr ließ den Überschuß im Warenverkehr dem Volumen nach stark steigen. Seit der Umkehr der Wechselkurstendenz trägt auch die Entwicklung der Terms of Trade zur Steigerung des Überschusses in der Handelsbilanz bei.

Wende in der Leistungsbilanz

Nicht nur die Überschüsse in der Handelsbilanz steigen wieder, zugleich hat sich die Passivierung im Dienstleistungsverkehr deutlich abgeschwächt. Die Überweisungen von Gewinnen und Zinsen an das Ausland sind zwar gestiegen, das Defizit im Reiseverkehr aber ist leicht gesunken. Bei den Übertragungen nahm der Passivsaldo infolge erhöhter Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft unvermindert zu. Insgesamt saldierten sich Ausgaben und Einnahmen im Leistungsverkehr zwar immer noch zu einem erheblichen Defizit, es war aber zuletzt beachtlich niedriger als zu Jahresbeginn.

Privater Verbrauch gedrückt

Seit Anfang des Jahres geht der private Verbrauch — in früheren Abschwungsphasen stets eine Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung — zurück. Im Herbst war er merklich niedriger als vor einem Jahr: Die Lohn- und Gehaltssumme nahm wegen des Rückgangs der Beschäftigung nur wenig zu, die verstärkte Verteuerung der Lebenshaltung schmälerte die Kaufkraft des gesamten verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte, und schließlich stieg auch die Sparquote. Die hohen Zinsen förderten das Sparen und dämpften — zusammen mit der Verschlechterung der Beschäftigungserwartungen — die Aufnahme von Krediten. Dies alles ging vor allem zu Lasten der Käufe von Gebrauchsgütern.

Ausrüstungsinvestitionen im Sog der Schwäche

Die Ausrüstungen sind zwar ebenfalls mehr und mehr in den Sog der wirtschaftlichen Schwäche geraten, aber bei weitem nicht so stark, wie dies bei dem ausgeprägten Druck auf die Erträge zu erwarten gewesen wäre. Offenbar hat die erhebliche Verteuerung von Energie und Arbeitskraft einen Teil des Produktionsapparates vorzeitig „veralten“ lassen; der verstärkte Zwang zum Strukturwandel löste Produkt- und Prozeßinnovationen aus.

Zum Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen hat nicht zuletzt die hohe Verzinsung von Geldanlagen beigetragen, die einen risikolosen und höheren Ertrag versprach als das Investieren in Sachanlagen.

Starker Rückgang der Bauinvestitionen

Die Bautätigkeit geht auf breiter Front zurück: im öffentlichen Bau überwiegend wegen der Kürzungen im Rahmen der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen, im Wohnungsbau überwiegend wegen der hohen Zinsen. Die Abschwächung im Wirtschaftsbau spiegelt die gedrückte Investitionsneigung wider.

Von den Kürzungen staatlicher Ausgaben waren in erster Linie Tiefbauten betroffen. Im Wohnungsbau ließ die Errichtung von Einfamilienhäusern deutlich nach. Der Bau von Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen wurde hingegen durch die Erwartung gestützt, daß hierfür gewährte Steuervergünstigungen bald eingeschränkt werden.

Der drückender werdende Mangel an Aufträgen engte den Spielraum der Bauwirtschaft für Preiserhöhungen erheblich ein. Im Straßenbau waren die Preise im Herbst nur noch um 1 1/2 vH höher als vor einem Jahr, im Wohnungs- und Wirtschaftsbau dagegen noch um 5 1/2 vH. Zuvor waren sie mit Raten von 10 vH und mehr gestiegen.

Defizite des Staates höher als vorgesehen

Die Gebietskörperschaften werden das Ziel, 1981 den Anstieg ihrer Ausgaben auf 4 vH und das Defizit auf 56 Mrd. DM zu begrenzen, bei weitem nicht einhalten. Bereits im ersten Halbjahr war das Defizit um 8 1/2 Mrd. DM höher als vor einem Jahr. Das erklärt sich nur zum Teil daraus, daß konjunkturabhängige Ausgaben wie das Arbeitslosengeld stärker, die Steuereinnahmen dagegen schwächer als erwartet stiegen. Darüber hinaus waren auch Ausgaben in einigen Bereichen, vor allem für Verteidigung, zu niedrig angesetzt.

Insgesamt werden die Ausgaben von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung in diesem Jahr um reichlich 6 vH höher sein als vor einem Jahr. Dabei werden die Ausgaben für den Staatsverbrauch nur wenig verlangsamt steigen. Die Zahlungen von Zinsen werden wegen der steigenden Verschuldung und der höheren Zinssätze, die Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte wegen der vermehrten Zahlungen von Arbeitslosengeld verstärkt zunehmen.

Die Steuereinnahmen erhöhen sich dagegen wegen der Steuersenkungen zu Beginn des Jahres und der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung wenig. Einen gewissen Ausgleich bilden die erhöhten Abführungen der Bundespost sowie die Gewinnabführung der Bundesbank.

Bei der Sozialversicherung steigen die Einnahmen aufgrund der Anhebung der Beitragssätze so kräftig, daß sich in diesem Jahr der Überschuß im Vergleich zum Vorjahr um 2 Mrd. DM auf 4 Mrd. DM vergrößert. Bei den Gebietskörperschaften öffnet sich dagegen die Finanzierungslücke um 15 Mrd. DM auf 70 Mrd. DM.

Produktion stagniert

Das Sozialprodukt nahm, schaltet man Saisoneinflüsse und Schwankungen in der Zahl der Arbeitstage aus, im Sommerhalbjahr nicht zu, sondern eher etwas ab. Daß sich im Vorjahresvergleich die Schrumpfrate gleichwohl von 1 1/2 vH im ersten Vierteljahr auf 1/2 vH im dritten verringerte, ergibt sich vor allem aus der Entwicklung im vergangenen Jahr, gekennzeichnet durch den Schub zu Jahresbeginn und den Rutsch danach.

Beschäftigung sinkt

Die Unternehmen hatten die Schwäche von Nachfrage und Produktion zunächst mit Kurzarbeit und dem Nichtbesetzen frei gewordener Stellen zu überbrücken versucht. Der anhaltende Druck auf die Erträge veranlaßte sie zu einer Verringerung des Arbeitskräfteeinsatzes auch durch Entlassungen. Seit

dem Frühjahr verlieren darüber hinaus immer mehr Arbeitskräfte ihren Arbeitsplatz durch Betriebs-schließungen und Zusammenbrüche von Unternehmen. Im Herbst war die Zahl der Erwerbstätigen um rd. 250 000 niedriger als zu Jahresbeginn und um mehr als 300 000 als vor einem Jahr.

Da weitaus mehr Arbeitskräfte auf den Arbeitsmarkt drängen als aus dem Erwerbsleben ausscheiden, steigt die Zahl der Arbeitslosen rascher, als die der Beschäftigten sinkt. Am Ende des Jahres wird sie — von Saisoneinflüssen bereinigt — in die Nähe von 1,5 Mill. rücken, zusammen mit der Saisonarbeitslosigkeit diese Größe deutlich überschreiten. Im Durchschnitt des Jahres wird sie 1 1/4 Mill. betragen und damit um fast 400 000 größer sein als im Jahr zuvor. Die Arbeitslosenquote wird von 3,8 vH im Jahre 1980 auf 5,4 vH im Jahre 1981 steigen.

Beschleunigter Preisauftrieb

Obwohl auf vielen Märkten Mangel an Nachfrage herrscht, hat sich der Preisauftrieb bisher lediglich auf dem Baumarkt nennenswert abgeflacht; hier ist die Nachfrage besonders stark zurückgegangen. In den anderen Bereichen hielt er nahezu unverändert an; der Preisindex für die Lebenshaltung erhöhte sich sogar verstärkt. Dies erklärt sich in erster Linie aus der Verteuerung von ausländischen Waren und Diensten durch den Kursverlust der D-Mark, aus der nachziehenden Verteuerung von Energie, nachholenden Anhebungen von behördlich geregelten Preisen und der Erhöhung von Verbrauchsteuern. Dies alles trug dazu bei, daß der Preisindex für die Lebenshaltung im Herbst um 6 1/2 vH höher war als vor einem Jahr.

Ansätze zur Zinssenkung

Die Bundesbank hielt zunächst an der im Februar verschärften geldpolitischen Grundlinie fest. Die Zentralbankgeldmenge stieg nur schwach und bewegte sich zuletzt am unteren Rand des durch laufende Raten von 4 bis 7 vH begrenzten Zieltrichters der Bundesbank. Der potentialgerechte Expansionspfad wurde unterschritten.

Gleichwohl sank der Außenwert der D-Mark zunächst weiter. Anhaltende Zinssteigerungen in den USA und Vertrauen in die neue amerikanische Wirtschaftspolitik ließen den Dollarkurs von rd. 2,20 DM Mitte Februar auf über 2,50 DM in der ersten Augushälfte steigen.

Die Zinsen auf dem Kapitalmarkt und die meisten Zinssätze für Bankkredite und -einlagen zogen im Sommer nur noch wenig an, nachdem sie sich nach der Einführung des Sonderlombards um 2 bis 2 1/2 Prozentpunkte erhöht hatten.

Die hohen Zinsen dämpften zwar die Kreditnachfrage der Wirtschaft, die Kreditexpansion blieb aber noch vergleichsweise kräftig, weil viele Unternehmen wegen der drastischen Verschlechterung der Ertragslage verstärkt auf Fremdmittel zurückgreifen mußten. Da sich mit dem Zinsanstieg die Geldhaltung beachtlich verteuert hatte und mit der Anlage von liquiden Mitteln in Finanzaktiva höhere Renditen erzielt werden konnten als mit der Anlage in Sachinvestitionen, strömten Gelder verstärkt auf die Wertpapiermärkte und auf Konten mit längeren Bindungsfristen.

Auf den Devisenmärkten wendete sich das Blatt Mitte August. Die Verbesserung der deutschen Leistungsbilanz gab der D-Mark Auftrieb, Zweifel an einem raschen Erfolg der amerikanischen Wirtschaftspolitik drückten den Dollar. Zudem gaben die Zinssätze in den USA etwas nach. Infolgedessen fiel der Dollarkurs von mehr als 2,50 DM auf rd. 2,20 DM in der ersten Oktoberhälfte. Obwohl in Frankreich Notenbank und Regierung dem Druck auf den Kurs des Franc mit kräftigen Zinssteigerungen und Beschränkungen des Kapitalverkehrs zu begegnen versuchten, nahmen die Spannungen im Europäischen Währungssystem stark zu. Daraufhin wurden Anfang Oktober die Leitkurse geändert: Die D-Mark und der holländische Gulden wurden um 5,5 vH aufgewertet, der französische Franc und die italienische Lira um 3 vH abgewertet. Die Anhebung des Leitkurses der D-Mark gegenüber Franc und Lira war jedoch geringer, als es den bereits aufgelaufenen Unterschieden in der Preisentwicklung entsprochen hätte. Daß dennoch nach der Neuordnung der Leitkurse die D-Mark gegenüber dem Franc an den unteren Rand der vereinbarten Bandbreite zurückfiel und seither dort verharret, ist darauf zurückzuführen, daß in Frankreich die Zinsen deutlich höher liegen als in der Bundesrepublik und auf den Devisenmärkten vorerst nicht mit einer erneuten Korrektur der Leitkurse gerechnet wird.

Mit der Kräftigung der D-Mark begannen die Zinsen auf den Geld- und Kapitalmärkten in der Bundesrepublik zu sinken; gegenüber dem Zinshöhepunkt von Mitte September beträgt der Rückgang bis zu 1 1/2 Prozentpunkte. Die Bundesbank setzte daraufhin den Sonderlombardzins Anfang Oktober von 12 auf 11 % herab und gab damit ein Signal für eine leichte Ermäßigung der Bankzinsen.

Ausblick

Die gesamtwirtschaftliche Produktion wird zunächst noch auf niedrigem Niveau bleiben. In dieser Einschätzung sind sich alle beteiligten Institute einig. Darüber, wie ausgeprägt diese Schwächephase sein wird und wie lange sie noch anhält, bevor sie von einer neuen Aufwärtsentwicklung der Produktion abgelöst wird, unterscheiden sich die Auffassungen:

Die Institute in Berlin, Essen, Hamburg und München erwarten keinen nennenswerten Rückgang mehr und eine frühere Wende als das Institut in Kiel¹. Dies schlägt sich in den quantitativen Prognosen deutlich nieder.

In der unterschiedlichen Einschätzung kommt zugleich die besondere Unsicherheit einer quantitativen Prognose in der Gegenwart zum Ausdruck. Sie bezieht sich hauptsächlich auf die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und auf die Einschätzung der Wirkungsverzögerungen bei der Geldpolitik.

Die vier Institute gründen ihre Prognose vor allem auf die folgenden Annahmen:

- Der Welthandel wird — wie eingangs ausführlich dargestellt — im Jahre 1982 wieder spürbar zunehmen. An dieser Expansion wird die Wirtschaft der Bundesrepublik in vollem Umfang teilhaben.
- Die Aufwertung der D-Mark, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, setzt sich tendenziell fort. Hierfür sprechen anhaltende Unterschiede in der Kosten- und Preisentwicklung zugunsten der Bundesrepublik. Zudem wird sich die Leistungsbilanz der Bundesrepublik weiter verbessern, die der USA hingegen verschlechtern. Gegenüber dem Dollar wird mit einer Aufwertungstendenz in Richtung auf einen Kurs von 2 DM gerechnet. Gegenüber den Währungen der Länder des Europäischen Währungssystems wird der durch anhaltende Differenzen in den Preissteigerungsraten entstehende Anpassungsbedarf wahrscheinlich erst im späteren Verlauf des nächsten Jahres gedeckt werden. Das Tempo der importierten Preissteigerungen wird rasch gedämpft werden; insbesondere wird der Preis des Erdöls in D-Mark eher noch sinken. Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft wird sich zwar verringern, gleichwohl relativ günstig bleiben.
- Die Deutsche Bundesbank verfolgt eine potentialorientierte Politik; sie nutzt also die Verbesserung bei Wechselkurs und Leistungsbilanz zu einer Unterstützung der Zinssenkungstendenz.
- Die Finanzpolitik hält grundsätzlich an ihrem Konsolidierungskurs fest, wie er in den Beschlüssen und Absichtserklärungen zum Bundeshaushalt 1982 vorgezeichnet worden ist. Dabei wird angestrebt, das sogenannte strukturelle Defizit vor allem über Ausgabenkürzungen, aber auch über Steuererhöhungen zu vermindern. Die Überschätzung der wirtschaftlichen Erholung bei den ursprünglichen Haushaltsplanungen und die daraus für Einnahmen und Ausgaben des Staates folgenden Kon-

¹ Vgl. hierzu die Einschätzung des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel, S. 501 f.

sequenzen haben zu erneuten Diskussionen über das erreichbare Maß bei der Begrenzung des Ausgabenanstiegs und des Finanzierungsdefizits geführt. Die Beschlüsse zum Bundeshaushalt 1982 werden daher sicherlich noch geändert werden. In der Prognose sind für Ausgaben und Staatsdefizit höhere Beträge angenommen worden, als den Ansätzen vom September entspricht.

- Für die Lohnrunde 1982 werden niedrigere Tarifabschlüsse als 1981 erwartet. Zwar werden die noch hohen Steigerungsraten des Preisindex für die Lebenshaltung zum Zeitpunkt der Verhandlungen — obwohl niedriger als gegenwärtig — eine Einigung erheblich erschweren. Ihnen stehen aber die stark steigende Zahl der Arbeitslosen und die Schrumpfung der Gewinne in diesem Jahr gegenüber.

Von der Ausfuhr werden weiterhin expansive Wirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung ausgehen, und die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Bedingungen wird zunehmenden Einfluß auf die Inlandsnachfrage gewinnen. Die Zinssenkung spielt dabei eine wichtige Rolle. Diesen Anstößen stehen freilich zunächst einmal retardierende Wirkungen der Finanzpolitik gegenüber.

Export fördert Besserung der Konjunktur

Der Auftragseingang aus dem Ausland ist in den Sommermonaten weiter gestiegen. Hierzu haben Großaufträge, aber wohl auch auf Wechselkurserwartungen beruhende spekulative Bestellungen beigetragen. Die Auftragsbestände sind also hoch. Der Anstieg von Auslandsaufträgen und Export wird sich fortsetzen, er wird aber flacher werden.

Mit der Aufwertung der D-Mark hat sich der Wettbewerbsvorsprung der deutschen Anbieter wieder etwas verringert. Im Verhältnis zu den USA dürfte diese Tendenz auch in der kommenden Zeit erhalten bleiben, denn die nominale Aufwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar wird eher größer sein als die Differenz der Inflationsraten zwischen der Bundesrepublik und den USA. Im Verhältnis zu den EWS-Ländern wird sich die D-Mark wegen der dort stärkeren Preissteigerungen real wieder abwerten; dies wird den Export in diese Länder begünstigen.

Hinzu kommen die konjunkturelle Erholung in den westlichen Industrieländern und die damit verbundene Expansion des Welthandels. Insgesamt wird die Warenausfuhr im Durchschnitt des Jahres 1982 mit real 5 1/2 vH, nach 6 1/2 vH in diesem Jahr, wiederum beträchtlich zunehmen.

Die Möglichkeiten für Preiserhöhungen im Export werden sich aufgrund der Aufwertung der D-Mark verringern. Allerdings wird auch der Kostendruck nachlassen.

Verstärkte Bemühungen um Konsolidierung der Staatsfinanzen

Nach den Beschlüssen vom September sollten die Ausgaben des Bundes 1982 um nicht mehr als 4,2 vH zunehmen, das Finanzierungsdefizit 26,5 Mrd. DM nicht überschreiten. Es ist beabsichtigt, gesetzliche Leistungen einzuschränken und eine mißbräuchliche Inanspruchnahme zu erschweren. Einsparungen sind ferner bei den Personalausgaben geplant. Auch über Mehreinnahmen soll das Defizit vermindert werden. Den größten Beitrag hierzu leistet die höhere Gewinnabführung der Bundesbank. Hinzu kommen die Erhöhung von Tabak-, Sekt- und Branntweinsteuern und der Abbau von Steuervergünstigungen. Anregungen sollen der Wirtschaft gegeben werden durch eine Verbesserung der Abschreibungsbedingungen sowie durch spezielle „beschäftigungswirksame Maßnahmen“, die aber mit einem Betrag von einer Milliarde DM nur eine geringe Rolle spielen; ein erheblicher Teil davon fließt der Stahlindustrie zu.

Für eine Wahrscheinlichkeitsprognose können die in den ursprünglichen Haushaltsansätzen stehenden Daten nur eine grobe Orientierung sein. Da die Bundesregierung bisher von zu optimistischen Annahmen über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ausgegangen ist, sind die Beschlüsse vom September Änderungsbedürftig. Dies betrifft nicht nur den Anstieg, sondern auch die Struktur der Ausgaben. Konjunkturbedingte Mehrausgaben und Mindereinnahmen wird man wohl durch Kürzungen an anderer Stelle zumindest teilweise aufzufangen versuchen. Auch die Länder werden sich um zusätzliche Einsparungen bemühen; vermutlich werden sie vor allem Zuschüsse an die Gemeinden kürzen. Diese dürften ihre Investitionspläne erheblich reduzieren, zumal gleichzeitig die Aufwendungen für Sozialhilfe und Zinsen steigen.

Weitgehend auf der Linie der ursprünglichen Absichtserklärungen dürfte die Entwicklung bei den anderen Ausgabenblöcken liegen: Der nominale Staatsverbrauch wird wohl nur noch um 5 vH zunehmen; dabei dürften die Personalkosten aufgrund von Personaleinsparungen und besoldungspolitischen Maßnahmen nur noch um 4 vH steigen. Die Einkommensübertragungen an private Haushalte werden sich deutlich schwächer erhöhen als 1981. Zwar werden die Renten stärker als in den beiden letzten Jahren erhöht; dem stehen aber erhebliche Einsparungen bei anderen Sozialleistungen gegenüber.

Obwohl es, anders als in diesem Jahr, keine Steuerensenkungen geben wird, sondern sogar Erhöhungen bei den Verbrauchsteuern, und zudem die Gewinnabführung der Bundesbank wesentlich höher sein wird als in diesem Jahr, werden die Einnahmen des Staates nur wenig verstärkt zunehmen.

Das Finanzierungsdefizit der Gebietskörperschaften wird um etwa 10 Mrd. DM auf weniger als 60 Mrd. DM sinken; das konjunkturelle Defizit nimmt weiter zu, das strukturelle ab. Die Verminderung resultiert allerdings zu einem beachtlichen Umfang aus der Abführung höherer Bundesbankgewinne — in der Prognose mit 6 Mrd. DM angenommen. Teilweise geht sie auch zu Lasten der Sozialversicherungen; deren Überschuß in diesem Jahr wird nicht zuletzt deshalb von einem Defizit im nächsten abgelöst werden.

Rückgang der Bautätigkeit schwächt sich ab

Noch immer hohe Zinsen, die fortbestehende Finanznot der Öffentlichen Hand und die gedämpften Einkommenserwartungen bei Unternehmen und privaten Haushalten drücken nach wie vor die Baunachfrage. Dies schlug sich schon bisher in zum Teil beträchtlichen Verminderungen der Aufträge an das Baugewerbe nieder; die Auftragsbestände sind fühlbar geschmolzen.

Die Bautätigkeit dürfte — nachdem sie bisher nur wenig unter das Niveau des Vorjahres gesunken war — in nächster Zeit kräftig zurückgehen. Die bremsenden Spätwirkungen hoher Zinsen und die weiterhin geringe öffentliche Baunachfrage wirken sich erst jetzt voll auf die Bautätigkeit aus. Im späteren Verlauf von 1982 kann allenfalls mit einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau gerechnet werden. Wegen der besonders ungünstigen Entwicklung im kommenden Winterhalbjahr werden die Bauinvestitionen auch im Jahresdurchschnitt 1982 noch einmal in der Größenordnung von 5 vH niedriger als im Vorjahr sein.

Besonders ausgeprägt werden erneut die öffentlichen Bauinvestitionen zurückgehen. Damit wirkt der Staat auf dem Baupreis wiederum prozyklisch: So wie er 1979 zur Überbeanspruchung der Baukapazitäten beigetragen hat, verstärkt er nun die rezessiven Tendenzen.

Auch im Wohnungsbau dürfte die Nachfrage noch längere Zeit schwach bleiben, sind doch die Einkommens- und Beschäftigungserwartungen noch gedrückt. Zwar ist damit zu rechnen, daß die Zinsen in nächster Zeit sinken werden. Erfahrungsgemäß führt dies aber zunächst zu einer abwartenden Haltung der Bauwilligen; dies gilt um so mehr, als die Baupreissteigerungen abklingen. Die vorgesehenen Änderungen steuerlicher Regelungen sprechen ebenfalls nicht für eine rasche Stabilisierung. Zwar sind mit der Verbesserung der Abschreibungsbedingungen im Eigenheim- und Mietwohnungsbau auf mittlere Sicht die Weichen für die Anregung zusätzlicher Nachfrage gestellt; retardierend wirkt jedoch die geplante Beschränkung der unbegrenzten steuerlichen Absetzbarkeit von Schuldzinsen bei Zweifami-

lienhäusern auf solche mit tatsächlich vermieteten Einliegerwohnungen.

Lediglich im Wirtschaftsbau wird der Rückgang der Nachfrage in nächster Zeit auslaufen und im Verlauf der ersten Jahreshälfte 1982 von einem Anstieg abgelöst werden. Anregend wirken neben der Besserung des Investitionsklimas die Erleichterung der degressiven Abschreibung und die spezielle Förderung der Fernwärmeinvestitionen im Rahmen des Bund-Länder-Programms. Der Tendenzwende bei der Auftragsvergabe im Wirtschaftsbau dürfte im Jahresverlauf bereits eine Verstärkung der Bautätigkeit folgen.

Der Anstieg der Baupreise dürfte sich weiter abschwächen: Bei der ausgeprägten Schwäche der Baunachfrage ist eine Rückbildung der Steigerungsrate im Vorjahresvergleich auf 2 bis 3 vH im zweiten Halbjahr 1982 zu erwarten.

Talfahrt der Ausrüstungsinvestitionen geht zu Ende

Die Auftragseingänge beim Investitionsgüter produzierenden Gewerbe aus dem Inland sind von Ende 1979 bis zum Herbst 1981 preis- und saisonbereinigt um ein Zehntel zurückgegangen. Auch zuletzt war die Tendenz noch abwärts gerichtet. Dies spricht dafür, daß die Investitionstätigkeit in den nächsten Monaten noch weiter sinken wird. Allerdings ist nicht zu erwarten, daß die Ausrüstungsinvestitionen ebenso stark sinken wie der Auftragseingang. Die Nachfrage unterliegt hier stets stärkeren Schwankungen als die Investitionstätigkeit. Gegen einen noch bevorstehenden starken Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen spricht auch die zunehmende Stabilisierung der Geschäftserwartungen der Unternehmen, wie sie sich in den Testergebnissen des Ifo-Instituts zeigt.

Wichtige Rahmenbedingungen, die für die Entwicklung der privaten Investitionsneigung entscheidend sind, werden sich allmählich verbessern. So dürfte der Druck auf die Gewinne von der Kosten- und Preisseite her nachlassen. Einmal steigen die Preise importierter Vorleistungen nur noch langsam oder gehen mit der Höherbewertung der D-Mark sogar zurück. Zum anderen ist von den Lohnstückkosten her eine Entlastung der Unternehmen zu erwarten. Auch werden die Konditionen der Fremdfinanzierung günstiger.

Die Finanzpolitik wird, gemessen an den direkten Nachfrageeffekten, voraussichtlich restriktiv wirken. In wachstumspolitischer Sicht werden gegensätzliche Einflüsse wirksam. Der Verbesserung der degressiven Abschreibungen steht die Beseitigung des Vorsteuerabzugs für Personenkraftwagen gegenüber; auch die geplante Einschränkung der steuerlichen Begünstigung von Pensionsrückstellungen belastet die Erwartungen der Unternehmer. Allgemein ist zu

berücksichtigen, daß Konsolidierungspolitik vertrauensbildend wirkt und den Zinsrückgang fördert.

Insgesamt dürfte sich die Investitionsneigung schon bald nach der Jahreswende wieder kräftigen, allerdings zunächst wohl nur langsam, weil die Belastungen, die durch die erheblichen Ertragseinbußen der Unternehmen in der Abschwungphase entstanden sind, nur allmählich abklingen, und die allgemeine Unsicherheit über die Stärke des künftigen Wirtschaftswachstums fortbesteht. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften vom Sommer 1982 an steigen und im zweiten Halbjahr wieder höher sein als in der zweiten Hälfte dieses Jahres. Im Jahresdurchschnitt ist jedoch noch einmal ein Rückgang von etwa 2 vH wahrscheinlich.

Steigende Lagerinvestitionen

Im laufenden Jahr haben die Unternehmen ihre Vorratsinvestitionen unter dem Druck hoher Zinsen und ungünstiger Absatzerwartungen erheblich eingeschränkt. Durch Produktionskürzungen und zurückhaltende Bestellungen ist es Produzenten und Handel dabei offenbar gelungen, unerwünschte Lagerbestände wieder abzubauen. Gegenwärtig dürften die Vorräte dem technisch erforderlichen Minimum nahekommen, es in manchen Fällen sogar unterschreiten. Die Gefahr von Absatzeinbußen wegen unvollständiger Sortimente hat sich dabei vergrößert. Dies wird zusammen mit dem Rückgang der Lagerhaltungskosten als Folge der Zinssenkung zu einer Wende im Lagerzyklus führen, durch die die Produktion beachtlich angeregt wird.

Allmähliche Erholung des privaten Verbrauchs

Der private Verbrauch dürfte nunmehr seinen Tiefpunkt erreicht haben. Diese Einschätzung ergibt sich einmal daraus, daß sich im Zusammenhang mit der Aufwertung der D-Mark das Tempo der Preissteigerungen beim privaten Verbrauch deutlich verlangsamen wird, der außenwirtschaftlich bedingte Entzug von Kaufkraft also nachläßt. Zum anderen dürfte auch die Sparquote wieder etwas sinken.

Im kommenden Jahr wird die Bruttolohn- und -gehaltsumme bei weiter sinkender Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer und den in dieser Prognose unterstellten zurückhaltenden Lohnabschlüssen nur um 3 1/2 vH zunehmen; infolge der wieder voll greifenden Progression der Lohnsteuer errechnet sich für die Nettolohn- und -gehaltsumme sogar nur ein Anstieg von knapp 3 vH. Auch die Einkommensübertragungen werden — wie schon im Kapitel über die Entwicklung der Staatsfinanzen erläutert — nur abgeschwächt steigen. Eine Beschleunigung des Anstiegs ist indes für die verteilten Gewinne — unter Ein-schluß der Einkommen der Selbständigen — zu

erwarten. Insgesamt wird das verfügbare Einkommen nur wenig schwächer als im Durchschnitt dieses Jahres steigen.

Die Sparquote dürfte sich unter dem Einfluß sinkender Zinsen und des nicht weiter aufschiebbaren Ersatzes langlebiger Gebrauchsgüter vermindern. Die Verbrauchsausgaben werden im Jahresverlauf weiter zunehmen. Da sich der Preisauftrieb abschwächt, wird auch der reale private Verbrauch wieder steigen, und zwar mit einer laufenden Rate von annähernd 2 vH. Im Jahresdurchschnitt führt dies aber nur zu einem geringfügigen Anstieg gegenüber dem Jahr 1981.

Rascher Abbau des Leistungsbilanzdefizits

Die reale Abwertung der D-Mark, die sich bis zum Spätsommer dieses Jahres ergab, wird die Einfuhr weiterhin dämpfen; auch bei der erwarteten D-Mark-Aufwertung wird sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Produzenten nicht stark vermindern. Die Einfuhr wird sich erst beleben, wenn Nachfrage und Produktion in der Bundesrepublik spürbar zunehmen. Damit ist im Laufe des ersten Halbjahres 1982 zu rechnen. Impulse werden zunächst besonders von den Lagerdispositionen ausgehen; sie werden vor allem die Einfuhr von Vorprodukten anregen. Die reale Wareneinfuhr, die in diesem Jahr um etwa 1 vH niedriger sein wird als im Vorjahr, dürfte im Durchschnitt des Jahres 1982 wieder um 1 vH zunehmen. Der preisbereinigte Außenhandelsüberschuß, der schon 1981 wesentlich höher ausfallen wird als im Vorjahr, wird weiter steigen.

Das Wiedererstarren der D-Mark wird den Anstieg der Einfuhrpreise erheblich dämpfen; die in Dollar fakturierten Güter, insbesondere Rohstoffe, dürften sogar billiger werden. Die Abschwächung der Preissteigerungen wird bei der Einfuhr ausgeprägter sein als bei der Ausfuhr: Die Terms of Trade der Bundesrepublik dürften sich in nächster Zeit verbessern. Dies wird zu einer raschen Zunahme des nominalen Handelsbilanzüberschusses beitragen.

Da sich die Passivsalden im Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland und in der Übertragungsbilanz nicht stark verändern werden, bestimmt die Aktivierung der Handelsbilanz die Tendenz der Leistungsbilanz. Das Leistungsbilanzdefizit wird 1981 mit etwa 25 Mrd. DM um 5 Mrd. DM niedriger ausfallen als im Vorjahr; im Jahre 1982 wird die Leistungsbilanz dem Ausgleich nahe kommen.

Reales Sozialprodukt nimmt wieder zu

Bei anhaltend günstiger Entwicklung der Ausfuhr wird mit der Wende bei der inländischen Nachfrageentwicklung die gesamtwirtschaftliche Produktion im Laufe des ersten Halbjahres 1982 wieder zu steigen

beginnen. Das Anstiegstempo dürfte höher sein als die Zunahme des Produktionspotentials, so daß mit einer leichten Verbesserung des gesamtwirtschaftlichen Auslastungsgrades zu rechnen ist. Im Jahresdurchschnitt wird die Zunahme des realen Sozialproduktes wegen des niedrigen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn 1982 nur etwa 1 vH betragen.

Lage am Arbeitsmarkt verschlechtert sich weiter

Die Zahl der Beschäftigten wird bis zum Frühjahr ähnlich stark sinken wie bisher. Auch nach der Wende der gesamtwirtschaftlichen Produktion wird der Rückgang noch anhalten. Die Unternehmen werden zunächst Produktivitätsreserven nutzen sowie Einschränkungen der Arbeitszeit (Kurzarbeit) zurücknehmen.

Der Rückgang der Beschäftigtenzahl dürfte erst im zweiten Halbjahr zum Stillstand kommen. Von Jahresdurchschnitt zu Jahresdurchschnitt wird die Zahl der Erwerbstätigen 1982 um etwa 350 000 Personen allerdings noch stärker sinken als in diesem Jahr, in dem sie um 250 000 zurückgeht. Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer dürfte dabei um fast 300 000, also um 1 1/2 vH abnehmen.

Stärker als die Beschäftigung schrumpft, wird die Zahl der Arbeitslosen steigen, weil sich das Erwerbspersonenpotential weiter stark erhöht: Der Zugang an Erwerbspersonen aus dem Inland und Ausland wird sich im Jahresdurchschnitt per Saldo auf etwa 150 000 Personen belaufen.

Obwohl wegen der sehr ungünstigen Situation am Arbeitsmarkt schätzungsweise weitere 150 000 Personen in die Stille Reserve gehen werden, wird die Zahl der Arbeitslosen wahrscheinlich während des ganzen Jahres — wenn auch allmählich abgeschwächt — steigen. Im Jahresdurchschnitt wird diese Zahl über 1,6 Millionen betragen, nach 1 1/4 Millionen 1981.

Preisauftrieb läßt nach

Die Abwertung der D-Mark war der entscheidende Faktor für die Beschleunigung des Preisanstiegs im Sommer dieses Jahres. Mit der Umkehr der Wechselkurstendenz klingen die preissteigernden Impulse von dieser Seite ab. Allerdings wird die Einfuhrverteuerung der vergangenen Monate noch eine Zeitlang nachwirken. Daher dürfte die Preisberuhigung auf der Verbraucherstufe fürs erste nur bescheiden und der sogenannte Überhang für das Jahr 1982 mit 2,5 vH relativ hoch sein.

Das Preisklima des Jahres 1982 wird von den geringen Preisüberwälzungsspielräumen geprägt werden, die letztlich Folge der Politik des knappen Geldes sind. Behindert wird die Preisberuhigung allerdings dadurch, daß staatlich regulierte Preise

kräftig angehoben werden — so für Elektrizität, Gas, Fernheizung und Verkehrsleistungen. Daneben werden die Postgebühren erhöht und einige spezielle Verbrauchsteuern heraufgesetzt, beides zusammen führt rein rechnerisch zu einer zusätzlichen Verteuerung der Lebenshaltung um 0,6 Prozentpunkte.

Niedrigere Lohnabschlüsse und wieder steigende Produktivitätszuwächse im Zuge der konjunkturellen Belebung werden den Lohnkostendruck merklich vermindern. Alles in allem ist eine deutliche Beruhigung des Preisanstiegs zu erwarten. Im Laufe des nächsten Jahres wird er sich auf der Verbraucherstufe gegenüber dem Herbst dieses Jahres halbieren. Im Durchschnitt des Jahres wird er freilich noch immer 4 1/2 vH erreichen.

* * *

Das Institut für Weltwirtschaft, Kiel (IfW), erwartet auch für die Bundesrepublik Deutschland eine ungünstigere wirtschaftliche Entwicklung als die Mehrheit der Institute. Besonders von der Auslandsnachfrage dürften deutlich schwächere Impulse ausgehen. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß im Winterhalbjahr 1981/82 für die Industrieländer insgesamt ein weiterer Rückgang von Nachfrage und Produktion erwartet wird. Darüber hinaus dürfte es, nachdem die Wende in der Wechselkursentwicklung eingetreten ist, zu einer Reaktion auf vorgezogene Auslandsaufträge und Exportlieferungen kommen; es wird mit einem zeitweise deutlichen Rückgang der Ausfuhr gerechnet. Die anhaltende weltweite Rezession wird dazu beitragen, daß die Importpreise 1982 deutlich schwächer steigen, als es die Mehrheit erwartet. Damit kommt es auch nach der Prognose des IfW trotz der ungünstigeren Einschätzung der Exportentwicklung zu einer deutlichen Verminderung des Leistungsbilanzdefizits.

Außerdem nimmt das IfW an, daß die Entwicklung der Inlandsnachfrage schwächer verläuft. Die bis zuletzt betriebene Restriktionspolitik dürfte im Winterhalbjahr 1981/82 zu einem deutlichen Produktionsrückgang führen. Ob der Zinsrückgang im Oktober auch bereits eine Abkehr von der restriktiven Geldpolitik bedeutet, ist fraglich. Selbst wenn es so wäre, könnte aufgrund der Wirkungsverzögerungen der Geldpolitik nicht vor dem Sommer 1982 mit nennenswerten Produktionsanstößen gerechnet werden. Bei übereinstimmenden Annahmen über die Höhe der Tariflohnabschlüsse ist daher 1982 der Lohnkostendruck deutlich stärker.

Die anhaltend schlechte Ertragslage der Unternehmen und immer noch hohe Nominalzinsen bei nachlassenden Preissteigerungserwartungen auf Seiten der Investoren dürften die Investitionsneigung stärker und länger dämpfen. Vor allem bei den Ausstattungsinvestitionen erwartet das IfW einen kräftigeren Rückgang als die Mehrheit der Institute.

Angesichts der weiterhin gedrückten Produktionsentwicklung wird auch nicht mit einem verstärkten Lageraufbau im Jahre 1982 gerechnet.

Wie die Mehrheit der Institute erwartet das IfW, daß die Konjunktur im Verlauf von 1982 sich bessert; es dürfte jedoch im Winterhalbjahr 1981/82 nochmals zu einem Produktionsrückgang kommen. Die konjunkturelle Wende wird erst später eintreten. Im Jahresdurchschnitt wird für 1982 daher nicht mit einem Anstieg, sondern mit einem Rückgang des realen Bruttosozialprodukts um rd. 1 vH gerechnet; die Zahl der Arbeitslosen wird bei dieser Entwicklung bis zum Jahresende steigen und im Jahresdurchschnitt bei 1 3/4 Millionen liegen.

Angesichts dieser Perspektiven ist es dringend erforderlich, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Investitionsbelegung zu schaffen, damit genügend international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen. Dazu bedarf es — wie auch von der Mehrheit für notwendig gehalten — nicht nur eines Übergangs zu einer potentialorientierten Geldmengenpolitik und einer wachstumsfördernden Finanzpolitik, sondern auch ausgeprägter lohnpolitischer Zurückhaltung: Angemessen wäre es, 1982 die bestehenden Tarifverträge um ein Jahr zu verlängern. Auch bei einer solchen Nominallohnpause wäre zwar nicht zu vermeiden, daß die Arbeitslosigkeit 1982 kräftig steigt, die Tarifpartner würden aber die Bedingungen für einen Beschäftigungsanstieg in den Jahren danach erheblich verbessern.

Wirtschaftspolitische Überlegungen*)

Nach der hier vorgelegten Prognose wird sich im kommenden Jahr die gesamtwirtschaftliche Produktion zwar erhöhen, die Beschäftigung aber bis weit in das Jahr hinein weiter zurückgehen und die Arbeitslosigkeit steigen. Der Preisauftrieb wird sich abschwächen, und das Defizit in der Leistungsbilanz weiter sinken. Die wirtschaftliche Entwicklung wird damit zwar noch weit von den wirtschaftspolitischen Zielen entfernt bleiben, insgesamt wird sich der Abstand zu ihnen aber, anders als im laufenden Jahr, nicht mehr vergrößern, sondern etwas verringern.

Noch ist indes offen, ob sich aus der erwarteten Erholung ein nachhaltiger Aufschwung entwickelt. Für die Wirtschaftspolitik besteht deshalb die vorrangige Aufgabe darin, die Bedingungen für ein sich selbst tragendes Wirtschaftswachstum bei fortschreitender Stabilisierung des Preisniveaus herzustellen, um damit die wichtigste Voraussetzung für eine nachhaltige Zunahme der Beschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit zu schaffen. Diese Aufgabe verlangt die konsequente Ausrichtung an mittelfristigen Erfordernissen. Dies bedeutet den Verzicht auf kurzfristig erreichbare, aber nur kurzlebige Erfolge, ja sogar die Hinnahme von vorübergehenden Bela-

stungen der wirtschaftlichen Entwicklung, wenn sie sich zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen nicht vermeiden lassen. Käme es unter dem Eindruck der noch steigenden Arbeitslosigkeit zu wirtschaftspolitischem Aktionismus, so würde dies die Behebung der Wachstumsschwäche und eine nachhaltige Verbesserung am Arbeitsmarkt erschweren und nicht erleichtern.

Die Grundzüge einer mittelfristig orientierten Wirtschaftspolitik und der sie flankierenden Lohnpolitik sind in den Gemeinschaftsgutachten wiederholt dargelegt worden. Ihre Kernthesen sind:

- Die Geldpolitik soll einen potential- und stabilisierungsgerechten Kurs einhalten und von ihm auch dann nicht abweichen, wenn in anderen Politikbereichen Fehler gemacht werden. So wirkt eine solche Geldpolitik bereits dann restriktiv, wenn die Preise über das als „unvermeidlich“ geltende Maß hinaus steigen. Es wäre falsch, die Geldpolitik dann nochmals zu verschärfen.
- Die Lohnpolitik muß Veränderungen der Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Wenn sich der Produktivitätsanstieg mittelfristig verringert, wenn sich die Austauschverhältnisse gegenüber dem Ausland verschlechtern und wenn der Staat durch Anhebung von Verbrauchsteuern die Steuerquote erhöht, dann schmälert das den Spielraum für Reallohnsteigerungen. Soll der Beschäftigungsgrad nachhaltig erhöht werden, darf selbst der verbleibende Spielraum nicht voll ausgeschöpft werden.
- Die Finanzpolitik sollte im Hinblick auf den Wirtschaftsablauf ihre Aufgabe nicht mehr vorwiegend in der Nachfragesteuerung, sondern in der Setzung von Rahmenbedingungen sehen. Daher muß bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen die Verbesserung der Wachstumsbedingungen das entscheidende Richtmaß sein. Freilich sollte die Finanzpolitik bei der Abkehr von der — immer weniger bewährten — antizyklischen Nachfragesteuerung nicht in ein prozyklisch wirkendes Vorgehen verfallen, und zwar auch dann nicht, wenn aufgrund des schwindenden Vertrauens der Bürger in die Wirtschaftsführung des Staates eine forcierte Konsolidierung der Staatsfinanzen in einer Phase der Wachstumsschwäche gefordert wird.

Für die geldpolitischen Instanzen haben sich in den letzten Monaten einige wichtige Bedingungen verändert:

Das Defizit in der Leistungsbilanz hat sich verringert, Maßnahmen zur Begrenzung des staatlichen Kreditbedarfs sind teilweise beschlossen, teilweise

*) Von diesen Überlegungen weicht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), an einigen Stellen ab. Vgl. S. 504 f.

angekündigt, der Außenwert der D-Mark ist gestiegen. Dies dürfte der Bundesbank den Übergang von der restriktiven Geldpolitik zu einem Kurs erleichtern, der nicht nur stabilisierungsgerecht, sondern auch potentialorientiert ist.

Angemessen wäre es, die Zentralbankgeldmenge im Laufe des Jahres 1982 mit einer Rate von 5,5 bis 6 vH auszuweiten. Damit würde der finanzielle Spielraum für einen Produktionsanstieg im Rahmen des Potentialwachstums von 2 bis 2,5 vH unter Berücksichtigung des kurzfristig kaum vermeidbaren Preisanstiegs von etwa 3,5 vH geschaffen. Das Einschwenken auf diesen Kurs dürfte die vorhandene Zinssenkungstendenz unterstützen. Stärke und Profil des Zinsrückgangs hängen — abgesehen von den internationalen Einflüssen — freilich davon ab, inwieweit die Tarifabschlüsse den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen Rechnung tragen und Fortschritte bei der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen erzielt werden; selbst die konjunkturbedingte Erhöhung des öffentlichen Defizits könnte die Kapitalmärkte irritieren und die Zinssenkungstendenz zeitweilig bremsen.

Die Bundesbank sollte ihr Geldmengenziel so frühzeitig bekanntgeben, daß Staat und Tarifparteien dies bei der Vorbereitung ihrer Entscheidungen als Orientierungshilfe nutzen können. Der Informationswert des Ziels ist um so höher, je weniger Vorbehalte damit verknüpft werden. Zudem sollte die Bundesbank auf einen Zieltrichter zugunsten einer Ziellinie verzichten, auch wenn sich kurzfristige und geringe Abweichungen von dieser Linie nicht vermeiden lassen.

Durch die Ausschüttung von Bundesbankgewinnen an den Bundeshaushalt wird das Einhalten des Geldmengenziels nicht beeinträchtigt, weil die mit der Verwendung der Gewinne verbundene Geldschöpfung von der Bundesbank im vorhinein bekannt ist und durch Ausgleichsoperationen neutralisiert werden kann.

Erschwert werden kann die Einhaltung des potentialorientierten Kurses indes durch die Interventionspflicht im Rahmen des Europäischen Währungssystems: Solange sich auf den Devisenmärkten die Erwartung hält, daß die Leitkurse vorerst unverändert bleiben, dürfte die D-Mark — wie schon im Winter letzten Jahres — am unteren Rand der Bandbreite bleiben, weil in wichtigen Partnerländern die Zinsen höher sind als in der Bundesrepublik. Da dies für die nächste Zeit der Fall sein dürfte, wird der Zinssenkungsprozeß in der Bundesrepublik behindert werden. Lockern jedoch die Notenbanken in den Partnerländern ihre Geldpolitik so weit, daß sich die Unterschiede in den Inflationsraten nicht in entsprechenden Zinsdifferenzen niederschlagen — dies wird wegen steigender Arbeitslosigkeit immer wahrscheinlicher —, dürfte die D-Mark in den Sog

von Aufwertungserwartungen geraten. Würden dann die Leitkurse nicht rasch geändert, erhöhte sich die Geldmenge vermutlich stärker, als mit weiterer Stabilisierung des Preisniveaus vereinbar wäre. Dieses Dilemma könnte dadurch entschärft werden, daß die Bandbreiten deutlich erweitert würden.

Für eine Vergrößerung der Bandbreiten spricht auch die Erfahrung, daß sonst zur Verteidigung der Leitkurse der internationale Kapital- und Leistungsverkehr beschränkt wird. Jüngste Beispiele dafür sind Kapitalverkehrskontrollen in Frankreich und das Bardepot in Italien. Mit solchen Eingriffen wird die wirtschafts- und währungspolitische Integration, die mit der Einführung des EWS angestrebt wurde, zurückgeworfen.

Was unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten von der Lohnpolitik erwartet werden muß, stellt an die Einsicht der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften nicht geringe Anforderungen. In diesem Jahr sind die Realeinkommen der Arbeitnehmer zurückgegangen. Weit mehr gesunken sind aber die Gewinne der Unternehmen. Daß beides zugleich eintrat, war nicht zuletzt Folge der erheblichen Verschlechterung der Terms of Trade; Gewinner der Umverteilung war das Ausland. Die Verteilung der Einkommen zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern, die sich dabei ergeben hat, entspricht nicht den Erfordernissen eines von Investitionen getragenen Wachstumsprozesses; dies hemmt die Schaffung der notwendigen zusätzlichen Arbeitsplätze. Der Anteil der Gewinne muß also wieder größer werden. Zum gleichen Ergebnis führen Überlegungen, die beim Zusammenhang von relativer Lohnhöhe und Beschäftigung ansetzen. Die daraus folgende Notwendigkeit einer zurückhaltenden Lohnpolitik wird nach einem Jahr ungünstiger Realeinkommensentwicklung nicht leicht eingesehen werden. Hinzu kommt, daß die Einkommenserwartungen offenkundig immer noch nicht im Einklang mit den verringerten Möglichkeiten stehen.

In der hier vorgelegten Prognose ist gleichwohl als wahrscheinlich angenommen, daß die tariflichen Lohnerhöhungen im Jahre 1982 etwas hinter den diesjährigen zurückbleiben; denn die schlechte Gewinnsituation wird den Widerstand der Arbeitgeber gegen höhere Abschlüsse stärken, und die hohe Arbeitslosigkeit dürfte nicht ohne Einfluß auf das Verhalten der Gewerkschaften bleiben. Da sich der Preisanstieg erheblich verlangsamen dürfte, bedeuten solche Abschlüsse im Jahresverlauf einen leichten Anstieg der Reallöhne; zugleich bleibt Raum für eine gewisse Umverteilung zugunsten der Gewinne. Dies würde der Richtung nach den Notwendigkeiten entsprechen; in der Größenordnung wäre dieser Beitrag der Lohnpolitik aber bescheiden. Nimmt man hinzu, daß die Wirtschaftsentwicklung weniger günstig als hier angenommen verlaufen könnte, so

spricht dies für ein deutlicheres Zurückbleiben der Lohnabschlüsse hinter den diesjährigen. In der Vergangenheit haben sich mehr als einmal Lohnabschlüsse nachträglich als zu hoch erwiesen, weil die wirtschaftliche Entwicklung ungünstiger als erwartet verlief.

Nachdem der Staat die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen allzu lange hinausgeschoben hat, läßt sich der Grundsatz der Verstetigung der öffentlichen Nachfrage und der Grundsatz der Setzung wachstumsgerechter Rahmenbedingungen nicht mehr zugleich erfüllen. Nicht sachgerecht ist die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen mit einseitiger Ausrichtung am Finanzierungsdefizit. Vielmehr kommt es darauf an, auf welche Weise das Defizit verringert wird. Sofern die sogenannte „Operation '82“ dafür kennzeichnend ist — die Einschränkung ist erforderlich, weil sie sich hauptsächlich auf den Bund bezog und Korrekturen bereits angekündigt sind —, ergibt sich ein widersprüchliches Bild. Einerseits wird Wachstumserfordernissen Rechnung getragen, indem Abschreibungserleichterungen gewährt werden und nur Verbrauchsteuern, nicht aber die Einkommensteuern erhöht werden, andererseits haben die — steuerschädliche — Neubewertung der Pensionsrückstellungen und die Abschaffung des Vorsteuerabzugs bei der Mehrwertsteuer für betrieblich genutzte Personenwagen gegenteilige Wirkungen. Für Veränderungen von Leistungsgesetzen, die die soziale Sicherung auf eine solide Grundlage stellen, liegen bisher in vielen Fällen nur Absichtserklärungen vor. Bei der Finanzierung der Bundesanstalt für Arbeit wurde das Problem lediglich vertagt; es werden Einnahmen von der Renten- zur Arbeitslosenversicherung verlagert.

Um Vertrauen zu bilden und den Wachstumserfordernissen Rechnung zu tragen, bedarf es also größerer Entschiedenheit bei der Durchsetzung von beabsichtigten Eingriffen. Maßnahmen zur Verhinderung mißbräuchlicher Inanspruchnahme sozialer Leistungen allein genügen nicht. Der Schwerpunkt sollte vielmehr auf einer Straffung des Systems der sozialen Leistungen liegen. Nur auf diesem Wege wird man auch die notwendigen Größenordnungen bei den Einsparungen erreichen.

Die Wirkungen der öffentlichen Haushalte auf die wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1982 sind nicht eindeutig zu beurteilen. Wendet man die üblichen Maßstäbe an, so ergibt sich ein restriktiver Effekt. Dem steht jedoch der Gewinn an Vertrauen gegenüber, der von den üblichen Meßkonzepten nicht erfaßt werden kann. Bezieht man ihn mit in die Überlegungen ein, dann werden dadurch die restriktiven Effekte zumindest teilweise, wenn nicht sogar ganz aufgewogen. Die wirtschaftlichen Aussichten wären besser — jedenfalls auf mittlere und längere Frist —, wenn die Finanzpolitik auf Übergangslösungen, wie

das bloße Umlenken von Einnahmen aus der Renten- in die Arbeitslosenversicherung verzichtet, und stattdessen dauerhafte Lösungen beschließt.

* * *

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin (DIW), unterscheidet sich von den anderen Instituten in seinem Urteil über den Beitrag von Finanzpolitik und Lohnpolitik zu der Schwäche der Wirtschaft und über die kurz- und mittelfristigen Forderungen, die an beide Politikbereiche zu stellen sind, wenn die Bedingungen für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung dauerhaft verbessert werden sollen.

Unbestritten ist, daß zur Erreichung dieser Ziele die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gehört. Diese wird sich aber gerade dann schwerlich erreichen lassen, wenn der finanzpolitische Kurswechsel in einer Periode wirtschaftlicher Schwäche mit gravierenden Kürzungen der öffentlichen Ausgaben eingeleitet wird. Kennzeichnend für die Fehlsteuerung ist, daß der Staat eine Vorreiterrolle bei den Einschränkungen der Nachfrage nach Bauinvestitionen übernommen hat und nicht etwa, wie es erforderlich wäre, die Bauinvestitionen durch das Einhalten eines Verstetigungspfades stützt.

Mit einer restriktiven Finanzpolitik programmiert der Staat über die Verschlechterung der Konjunktur weitere Mehrausgaben (Arbeitslosengeld) und Mindereinnahmen (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge). Die Möglichkeit, bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte Fortschritte zu erreichen, rückt dabei in größere Ferne.

Soll die Wirtschaft Vertrauen fassen, so genügen dafür nicht die Hoffnungen, auf die sich eine angebotsorientierte Politik gründet. Verbesserungen der mittelfristigen Erwartungen bedürfen vielmehr auch der Ermutigung dadurch, daß der Staat seiner kurzfristigen Stabilisierungsaufgabe gerecht wird. Dies bedeutet, daß die Finanzpolitik nach Auffassung des DIW ihr Augenmerk gleichgewichtig auf Nachfrage- und Angebotswirkungen zu richten hat. Mit dem vorrangigen Setzen von Rahmenbedingungen wird sie ihre Aufgabe nicht erfüllen.

Eine Konsolidierung der Staatsfinanzen wird sich wohl nur erreichen lassen, wenn zu gegebener Zeit Korrekturen bei denjenigen Einnahmen- und Ausgabenpositionen vorgenommen werden, über die in der Vergangenheit so großzügig verfügt worden ist, daß ein derartig großer Konsolidierungszwang erst entstehen konnte: Nicht nur soziale Leistungen und deren Mißbrauch sind hier zu nennen, sondern auch Subventionen und zu weitgehende Ermäßigungen von Steuersätzen.

Die Lohnpolitik hat in den letzten Jahren sehr viel Anpassungsfähigkeit bewiesen. Wenn in den beiden letzten Jahren der rasche Anstieg der Lohn-

stückkosten zu unerwünschten Verschiebungen in den Verteilungsrelationen geführt hat, so lag dies viel weniger an zu hohen Abschlüssen als an der nicht nur außenwirtschaftlich bewirkten, sondern auch durch das Verhalten von Geldpolitik und Finanzpolitik mitverschuldeten gesamtwirtschaftlichen Schwäche. Lohnabschlüsse, wie sie in dieser Prognose für 1982 als wahrscheinlich angesehen werden,

stehen weder der erforderlichen Zinssenkung, einer weiteren Aufwertung der D-Mark, einer Preisstabilisierung, noch einer wachstumsförderlichen Veränderung der Verteilungsrelationen im Wege. Sie knüpfen vielmehr verstetigend an die vorangegangenen Abschlüsse an und tragen auf diese Weise nicht nur zur Stabilisierung der Nachfrage, sondern auch zur Mäßigung im Anstieg des Kostenniveaus bei.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1981 und 1982

	1980 ¹⁾	1981 ²⁾	1982 ²⁾	1981		1982	
	Jahre			1. Hj. 1)	2. Hj. 2)	1. Hj. 2)	2. Hj. 2)

1. Entstehung des Sozialprodukts

Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	0,9	— 1	— 1,5	— 0,6	— 1,5	— 1,5	— 1
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	— 1,1	— 1	— 0,5	— 1,4	— 1	— 0,5	— 0
Arbeitstage ³⁾	0,1	— 0	0	— 0,5	0,5	0,5	0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	— 0,1	— 2	— 1,5	— 2,5	— 2	— 2	— 1
Produktivität ⁴⁾	2,0	1	2,5	1,5	1	2	3
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970	1,9	— 1	1	— 1,0	— 0,5	0	1,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in Jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	821,6	857	899	412,5	444,5	431,5	467,5
Staatsverbrauch	303,5	325	341	151,4	173,5	158	182,5
Anlageinvestitionen	351,0	351,5	348,5	164,8	187	160,5	188,5
Ausrüstungen	132,2	133	135	62,9	70	62	73
Bauten	218,8	218,5	213,5	101,9	116,5	98	115,5
Vorratsveränderung	+ 18,9	+ 5,5	+ 10	+ 5,4	± 0	+ 5,5	+ 5
Außenbeitrag	— 3,1	+ 5	+ 24,5	— 1,2	+ 6,5	+ 14,5	+ 10,5
Ausfuhr	430,6	484	528,5	231,5	252,5	256	272,5
Einfuhr	433,7	479	504	232,7	246,5	241,5	262,5
Bruttosozialprodukt	1 491,9	1 544,5	1 623,5	732,9	811,5	770	853,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	7,2	4,5	5	4,5	4	4,5	5
Staatsverbrauch	9,0	7	5	8,3	6	4,5	5,5
Anlageinvestitionen	11,6	0	— 1	2,0	— 1,5	— 2,5	1
Ausrüstungen	6,8	0,5	1,5	2,7	— 1	— 1	4
Bauten	14,8	— 0	— 2,5	1,6	— 1,5	— 3,5	— 1
Ausfuhr	12,4	12,5	9	8,1	16,5	10,5	8
Einfuhr	17,3	10,5	5	9,0	12	4	6,5
Bruttosozialprodukt	6,7	3,5	5	3,0	4	5	5

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1970

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	498,6	491	492,5	240,7	250,5	239,5	253
Staatsverbrauch	156,5	160	161,5	78,7	81	79	82,5
Anlageinvestitionen	212,6	204,5	197	96,6	107,5	91	106
Ausrüstungen	91,1	88,5	86,5	42,1	46,5	40	46,5
Bauten	121,5	116	110,5	54,5	61,5	51	59,5
Vorratsveränderung	+ 12,1	+ 3	+ 7,5	+ 3,1	± 0	+ 3,5	+ 4
Außenbeitrag	+ 16,9	+ 31	+ 38	+ 13,6	+ 17,5	+ 20	+ 18
Ausfuhr	273,7	291	305,5	141,9	149	149,5	156
Einfuhr	256,8	260	267,5	128,3	131,5	129,5	138
Bruttosozialprodukt	896,7	889,5	897	432,6	457	433	463,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,7	— 1,5	0,5	— 1,0	— 2	— 0,5	1
Staatsverbrauch	2,6	2	1	3,1	1	0,5	1,5
Anlageinvestitionen	3,7	— 4	— 3,5	— 2,6	— 5	— 5,5	— 2
Ausrüstungen	2,9	— 3	— 2	— 1,0	— 4,5	— 4,5	0,5
Bauten	4,4	— 4,5	— 5	— 3,8	— 5	— 6,5	— 3,5
Ausfuhr	5,9	6,5	5	3,2	9,5	5	5
Einfuhr	5,8	1	3	0,9	1,5	1	5
Bruttosozialprodukt	1,8	— 1	1	— 1,3	— 0,5	0	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1980 ¹⁾	1981 ²⁾	1982 ²⁾	1981		1982	
	Jahre			1. Hj. 1)	2. Hj. 2)	1. Hj. 2)	2. Hj. 2)

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1970 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	5,4	6	4,5	5,5	6	5	4
Staatsverbrauch	6,2	5	4	5,0	5	4	4
Anlageinvestitionen	7,6	4,5	3	4,8	4	3	2,5
Ausrüstungen	3,9	4	3,5	3,7	4	3,5	3,5
Bauten	10,0	4,5	2,5	5,7	4	3	2,5
Ausfuhr	6,1	6	4	4,7	6,5	5	3
Einfuhr	10,9	9	2	8,0	10	3	1,5
Bruttosozialprodukt	4,9	4,5	4,5	4,3	4,5	5	3,5

5. Einkommensentstehung und-verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	830,0	870	901	417,7	452	430	471
Bruttolohn- und -gehaltsumme	675,5	705	729,5	335,8	369	345,5	384,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	472,2	489	502,5	236,4	252,5	242,5	260
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	319,8	310	333	137,7	172	151,5	181,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	257,0	250	267	107,7	142	119	148
Entnommene Gewinne und Vermögens-einkommens)	240,6	251	266	115,5	135,5	122,5	142,5
Nichtentnommene Gewinne	16,4	— 1	2	— 7,8	7	— 3,5	5,5
Volkseinkommen	1149,8	1179,5	1234	555,4	624	581,5	652,5
Abschreibungen	175,9	191,5	206,5	94,1	97,5	101,5	105
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	166,3	173	183,5	83,5	89,5	87	96,5
Bruttosozialprodukt	1491,9	1544,5	1623,5	732,9	811,5	770	853,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,9	5	3,5	5,3	4,5	3	4
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,9	4,5	3,5	4,9	4	3	4
Nettolohn- und -gehaltsumme	6,4	3,5	3	4,3	3	2,5	3
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	6,5	5	5	5,2	5	4,5	5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	5,0	4,5	4	4,7	4	4,5	4
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	1,4	— 3	7,5	— 7,5	0,5	10	5,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	2,4	— 3	7	— 7,9	1,5	10,5	4
Entnommene Gewinne und Vermögens-einkommens)	8,6	4,5	5,5	4,3	4,5	6	5
Volkseinkommen	6,0	2,5	4,5	1,8	3,5	4,5	4,5
Abschreibungen	11,1	9	7,5	9,4	8,5	8	7,5
Indirekte Steuern abzügl. Subventionen	7,3	4	6	4,2	4	4	7,5
Bruttosozialprodukt	6,7	3,5	5	3,0	4	5	5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	472,2	489	502,5	236,4	252,5	242,5	260
Empfangene laufende Übertragungen	249,5	269	284	133,4	135,5	141,5	142,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	268,1	285,5	302,5	133,4	152	139,5	162,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	13,1	16	16,5	7,7	8,5	8	8,5
Geleistete laufende Übertragungen ⁶⁾	28,6	31,5	33,5	14,6	17	15,5	18
Verfügbares Einkommen	948,0	995,5	1 039,5	480,9	514,5	500	539
Privater Verbrauch	821,6	857	899	412,5	444,5	431,5	467,5
Ersparnis	126,4	138,5	140	68,5	70	68,5	71,5
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	13,3	14	13,5	14,2	13,5	13,5	13,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	6,4	3,5	3	4,3	3	2,5	3
Empfangene laufende Übertragungen	6,2	8	5,5	7,6	8	6	5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	10,9	6,5	6	7,2	5,5	4,5	7
Verfügbares Einkommen	7,4	5	4,5	5,5	4,5	4	5
Privater Verbrauch	7,2	4,5	5	4,5	4	4,5	5
Ersparnis	8,6	9,5	1	11,4	8	0	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1980 ¹⁾	1981 ²⁾	1982 ³⁾	1981		1982	
	Jahre			1. Hj. ⁴⁾	2. Hj. ⁵⁾	1. Hj. ⁶⁾	2. Hj. ⁷⁾

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷⁾
a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	377,7	387	409	181,0	206	189	220
Sozialbeiträge	230,6	248,5	258,5	122,7	126	126,5	131,5
Erwerbseinkünfte	14,3	16,5	21	9,1	7,5	13	8
Sonstige laufende Übertragungen	15,3	16	16,5	7,4	8,5	7,5	8,5
Empfangene Vermögensübertragungen	7,1	7	7	3,2	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	645,0	675	711,5	323,3	351,5	339,5	372
Ausgaben							
Staatsverbrauch	303,5	325	341	151,4	173,5	158	182,5
Zinsen	28,7	35	42	19,3	16	22	20
Laufende Übertragungen an	260,6	301,5	316	148,9	152,5	157,5	158,5
Private Haushalte	232,2	250	264,5	124,3	126	132	132,5
Unternehmen	27,3	27,5	27	12,2	15,5	13	14
Ausland	21,1	24	25	12,4	11,5	13	12
Geleistete Vermögensübertragungen	34,2	33	33	13,4	19,5	13,5	19,5
Nettoinvestitionen	49,3	46	42	20,4	25,5	18,5	23,5
Ausgaben insgesamt	696,4	740,5	774	353,4	387	369,5	404,5
Finanzierungssaldo	— 51,4	— 65,5	— 62,5	— 30,0	— 35,5	— 30	— 32,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	6,3	2,5	5,5	1,3	3,5	4,5	7
Sozialbeiträge	8,0	8	4	8,4	7,5	3,5	4,5
Erwerbseinkünfte	4,7	16,5	25,5	26,9	6	43,5	4
Sonstige laufende Übertragungen	— 0,2	4,5	2	2,2	7	2,5	1
Empfangene Vermögensübertragungen	18,0	— 4	0	10,0	— 14	0,5	— 0,5
Einnahmen insgesamt	6,8	4,5	5,5	4,6	4,5	5	6
Ausgaben							
Staatsverbrauch	9,0	7	5	8,3	6	4,5	5,5
Zinsen	18,7	22,5	19,5	32,2	12,5	14	25,5
Laufende Übertragungen an	4,9	7,5	5	6,4	8,5	6	4
Private Haushalte	6,2	7,5	5,5	7,4	8	6	5
Unternehmen	— 3,1	1	— 2,5	— 8,0	9,5	4,5	— 8,5
Ausland	2,1	13	4	13,8	11,5	3	5,5
Geleistete Vermögensübertragungen	7,6	3	— 0,5	— 8,6	1	— 0	— 0,5
Nettoinvestitionen	15,6	— 7	— 8,5	— 5,4	— 8,5	— 10,5	— 7
Ausgaben insgesamt	8,0	6,5	4,5	6,9	6	4,5	4,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1981, S. 621 f.) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität — Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute — Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1970 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 6) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 7) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967. Format DIN A 4.

- Heft 48 **Dienstleistungen in der Gesamtwirtschaft.** Von Charlotte Otto-Arnold unter Mitarbeit von Ulrich Burschat. 172 S. 1978. DM 82,—.
- Heft 49 **Einkommens- und Verbrauchsschichtung für die größeren Verwendungsbereiche des privaten Verbrauchs und die privaten Ersparnisse in der Bundesrepublik Deutschland 1955 bis 1974.** Von Gerhard Göseke und Klaus-Dietrich Bedau. 215 S. 1978. DM 89,60.
- Heft 50 **Die Osteinfuhrstruktur der Bundesrepublik Deutschland und anderer westlicher Länder — Eine vergleichende Darstellung.** Von Jochen Bethkenhagen, Hans Martin Duseberg, Maria Lodahl. 139 S. 1978. DM 64,—.
- Heft 51 **Produktions- und Beschäftigungseffekte im Innerdeutschen Handel.** Von Horst Lambrecht und Hans Wessels. 54 S. 1978. DM 29,60.
- Heft 52 **Untersuchungen zu Fragen regional unterschiedlicher Energiepreise in der Bundesrepublik Deutschland. Darstellung — Begründung und Auswirkungen am Beispiel ausgewählter Bundesländer.** Von Urs Dolinski. 217 S. 1979. DM 116,—.
- Heft 53 **Das Arbeitsplatzpotential, die Besetzung mit Arbeitskräften und deren Anspannung im Konjunkturverlauf. Eine Analyse der vierteljährlichen Entwicklung von 1960 bis 1976 für die Hauptgruppen der verarbeitenden Industrie in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Arthur Boneß. 100 S. 1979. DM 48,—.
- Heft 54 **Jährliche nominale Input-Output-Tabellen, Importmatrizen und Investitionsmatrizen für die Bundesrepublik Deutschland 1960 bis 1974.** Von Egon R. Baumgart, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß, Hans Wessels und Mitarbeiter. 128 S. 1979. DM 48,60.
- Heft 55 **Vergleich von Präferenzsystem und Präferenzvolumen im Land Berlin und in den übrigen Bundesländern.** Von Kurt Geppert und Kurt Hornschild unter Mitarbeit von Walter Schöning. Betriebliche Fallstudien der Treuarbeit AG, Berlin. 147 S. 1979. DM 89,60.
- Heft 56 **Möglichkeiten und Grenzen der Messung von Einflüssen der Umsatzkonzentration auf industrielle Kennziffern. Eine empirische Analyse anhand ausgewählter Industriezweige der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1962 bis 1974.** Von Rainer Pischner. 80 S. 1979. DM 39,80.
- Heft 57 **Ursachen für die Unterschiede in der Höhe der Versichertenrenten an Frauen und an Männer in der gesetzlichen Rentenversicherung.** Von Ellen Kirner. 135 S. 1980. DM 89,60.
- Heft 58 **Analyse und Prognose der Wohnungsnachfrage in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Klaus-Dietrich Bedau und Rudi Ulbrich. 161 S. 1980. DM 98,—.
- Heft 59 **Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials.** Von Manfred Melzer. 250 S. 1980. DM 124,—.
- Heft 60 **Die Bedeutung des strukturellen Wandels für die Beschäftigung. Input-Output-Analysen der Beschäftigungswirkungen von Strukturveränderungen der Nachfrage 1962 bis 1976.** Von Jochen Schmidt, Reiner Stäglin, Jörg-Peter Weiß und Hans Wessels. 69 S. 1980. DM 36,80.
- Heft 61 **Abschwächung der Wachstumsimpulse. Analyse der strukturellen Entwicklung der deutschen Wirtschaft. Strukturberichterstattung 1980.** 288 S. 1981. DM 58,—.
- Heft 62 **Berechnung des Industriellen Brutto-Anlagevermögens in den EG-Ländern unter Anwendung einheitlicher Definitionen, Abgrenzungen und Verfahren.** Von Bernhard Seidel unter Mitarbeit von Inge Schweiger. 363 S. 1981. DM 156,80.
- Heft 63 **Triangulation und Blocktriangulation von Input-Output-Tabellen und ihre Bedeutung.** Von Hans Wessels. 124 S. 1981. DM 86,—.
- Heft 64 **Möglichkeiten und Grenzen der Regionalisierung der sektoralen Strukturberichterstattung.** Von Bernd Bartholmai, Herwig Birg, Wolfgang Erfeld, Nikolai Lutzky, Horst Mentrup, Friedhelm Plogmann, Hans Joachim Schalk. Koordination: Wolfgang Kirner und Rainer Thoss. 84 S. 1981. DM 44,60.
- Heft 65 **Wertschöpfungsorientierte Umsatzsteuerpräferenz nach dem Berlinförderungsgesetz (Berlin FG). Erfolgskontrolle und Vorschläge zur Weiterentwicklung.** Von Peter Ring. 276 S. 1981. DM 64,—.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktreionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,80.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR).** Eine Neuberechnung. Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Caser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr. 134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.